

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando
Bierteljährlich 3,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
jede oder deren Raum 60 Pf. für
politische und gewerbliche Betriebs-
und Veranlagungs-Anzeigen 30 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 11. November 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Serben bei Nisch und Alessinac zurückgeworfen.

Ein liberales Programm.

Deutschland hat nur die Wahl, aus diesem allgemeinen
Krieges der Völker entweder vernichtet oder als festgegründete
Weltmacht hervorzugehen. Der Satz steht am Eingang
von Betrachtungen, die Genosse Wolfgang Heine in der
„Frankfurter Zeitung“ über Wege und Ziele der deutschen
Weltmachtspolitik anstellt.

Wir sind es so sehr gewöhnt, die „Weltpolitik“ als eine
der Begleit- und Folgeerscheinungen eines bis zum Ausbruch
des Krieges von uns bekämpften Wirtschaftssystems anzusehen,
daß wir, wenn sich ein Sozialdemokrat so nachdrücklich zu ihr
bekennt, von ihm entweder eine Begründung ihrer Notwendigkeit
oder aber eine Begriffsbestimmung erwarten, die dem
Wort einen anderen als den landläufigen kapitalistischen Sinn
gibt. Leider läßt uns Heine da vollständig im Stich. Welt-
politik ist ihm Axiom, grundsätzliche, unerschütterliche Forderung,
und nur leise und zaghaft versucht er hier und da, Grenzen
gegen andersgeartete Verfechter deutscher Weltgeltung zu sichern.

Können solche Worte einem Sozialisten genügen? Schließ-
lich enthalten sie doch nichts anderes als eine Ideologie des
Imperialismus, wie sie auch von einem kapitalistischen Inter-
essenten aufgestellt oder mindestens gutgeheißen wird, und
was Heine als das besondere Merkmal deutscher Welt-
machtstrebens ausgibt, nehmen die anderen, nicht zuletzt die
Engländer, auch für sich in Anspruch.

Damit also ist wenig anzufangen, und nicht viel klüger
werden wir auch, wenn wir zu der im gegenwärtigen Moment
sicher doppelt beachtenswerten Gegenüberstellung der russischen
und der englischen Gefahr gelangen. Heine ist es vor allem
darum zu tun, daß Deutschland den russischen Aus-
dehnungsdrang abwehrt, und mit seinem den russischen An-
griff gleicherweise ausgefetzten Nachbarn die stärkste
kontinentale Macht Europas sei und bleibe. Gut,
aber wie ist seiner, des Sozialisten, Meinung nach diese
Absicht zu erreichen? Unter der „Festigung der Grenzen“
von der er spricht, kann man sich vieles oder gar nichts vor-
stellen, und im übrigen fehlt jedes auch nur einigermaßen fest
umrissene Programm für die auswärtige Politik. Wenn dieser
Mangel äußere Gründe hat, dann wäre es jedenfalls besser
gewesen, der Sozialdemokrat hätte das Thema — noch dazu
in einem bürgerlichen Blatte — nicht angeschnitten, denn jetzt
besteht die Gefahr, daß der, der die Notwendigkeit der Welt-
politik so eifrig betont, sich nicht zur Wehr zu setzen vermag,
wenn die Imperialisten ihn mit Haut und Haaren als einen
der ihrigen in Anspruch nehmen.

Höchstens kann Wolfgang Heine auf seine Bemühungen
verweisen, den Zusammenhang zwischen der auswärtigen und
inneren Politik darzutun und seinen Lesern klarzumachen, wie
im inneren Leben unseres Volkes die Grundsteine für seine
Weltmachtstellung gelegt werden müßten. Indessen auch der
Katalog seiner innerpolitischen Reformforderungen wird ihm
wenig nützen. Sozialpolitik, planmäßige Siedlungs- und
Verkehrspolitik, Zerstückelung der Latifundien, Verbesserung
der Verwaltung, Beseitigung des Privilegienwahlrechts in
Staat und Kommunen, Abschaffung aller Ausnahmegeetze,
Bekämpfung der Militärmißhandlungen — das sind alles ebenso
hilfslos wie dringliche Wünsche, und ihre restlose Erfüllung
würde in der Tat die versprochene Neuorientierung der
inneren Politik bedeuten. Nur unterscheidet man sich mit
diesem Programm noch keineswegs von den Anhängern
und Nutznießern des kapitalistischen Ausdehnungs-
dranges und noch weniger vermag seine Verwirk-
lichung die aus diesem erwachsenden internationalen
Gefahren zu bannen. Es überdreht mit keinem Wort die
politischen Grenzen der liberalen „Frankfurter Zeitung“. Es
ist ein durchaus liberales Programm und der Liberalis-
mus bemüht sich ja seit Jahren um den Nachweis, daß
Zugeständnisse an seine Ideale die Weltpolitik nur um so
sicherer fundamentieren würden. Teils weil er es wirklich
glaubt, teils weil er sich auf diese Weise regierungsfähig
machen will. Heine kann also nur einen Trennungsstrich
gegen diejenigen ziehen, die das Streben nach Weltmacht be-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
10. November 1915. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Keine besonderen Ereignisse.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Westlich von Riga wurde ein russischer Vorstoß gegen
Kumern zum Stehen gebracht. Westlich von Jakobstadt
wurden stärkere, zum Angriff vorgehende feindliche Kräfte
zurückgeschlagen. Ein Offizier, hundertsechzehn Mann sind
in unserer Hand geblieben. Vor Düna wurde beschränkt
sich die Russen gestern auf lebhaftes Tätigsein ihrer Ar-
tillerie.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nichts Neues.

Heeresgruppe des Generals v. Linlingen.

Ein russischer Durchbruchversuch bei und nördlich von
Budta (westlich von Czartorysk) kam vor ostpreussischen,
kurhessischen und österreichischen Regimentern zum Stehen.
Ein Gegenangriff warf den Feind in seine Stellungen
zurück.

Balkanriegsschauplatz.

Die Verfolgung ist überall in rüstigem Fortschreiten.
Die Beute von Krusevac beträgt nach den unmeßrigen
Feststellungen: hundertunddrei fast durchweg moderne Ge-
schütze, große Mengen Munition und Kriegsmaterial.
Die Armee des Generals Vojadjeff meldet dreitausend-
sechshundertsechzig serbische Gefangene, als Beute von Nisch
hundert, von Leskovac zwölf Geschütze.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 10. November. (W. Z. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 10. November 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

In Ostgalizien herrscht seit dem Weggang der letzten russi-
schen Angriffe gegen unsere Stützpunkte wieder Ruhe.
Ein russischer Durchbruchversuch westlich von Czartorysk
wurde in heftigen Kämpfen durch deutsche und österreichisch-
ungarische Truppen vereitelt.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Tätigkeit der italienischen Artillerie war gestern im all-
gemeinen wieder lebhafter. Feindliche Angriffe auf den Südtel
der Podgorastellung, gegen Jagora, bei Plava und auf dem Col
di Lana wurden abgewiesen.

Auf Rabresina abgeworfene Fliegerbomben töteten meh-
rere Zivilpersonen, darunter eine Frau und drei Kinder.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Oesterreichisch-ungarische Truppen der Armee des Generals
v. Radek haben südwestlich von Zvanjica die starkbesetzte Höhe
Doliste genommen und auf Gdoviste, dem Südanläufer der
Jelica Planina, eine aus mehreren hintereinander liegenden
Schützengraben bestehende Stellung gestärkt.

Südwestlich von Kraljevo bringen deutsche Streitkräfte
beiderseits der Jbar vor. Südwestlich von Krusevac gewannen
sie den Raum von Alessandrovac.

Die Bulgaren werfen den Feind bei Nisch und
Alessinac auf das linke Ufer der südlichen Morava zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Hofer, Feldmarschallsleutnant.

wußt mit einer Unterdrückungspolitik im Innern verbinden
wollen. Er steht aber mit beiden Füßen auf dem Boden der
Weltmachtenthusiasten vom Schlage eines Raumann, teilt ihre
Ueberzeugungen und teilt ihre Illusionen, unter denen die
größte das starke Vertrauen auf die klassenversöhnende
Wirkung von gesetzgeberischen Reformen staats- und ver-
waltungsrechtlicher Art ist.

Selbstverständlich verlangen auch wir Sozialisten diese
Reformen. Nur können wir mit ihnen keine Weltmacht-
wünsche verknüpfen, wenn wir Sozialisten bleiben wollen.
Denn mögen wir auch dem Begriff der Weltmacht eine Aus-
legung zu geben suchen, die einen Ausgleich zwischen Im-
perialismus und Liberalismus zuläßt, so stellt sich unter allen

Umständen der Befürworter der Weltmacht dem Kapitalismus
helfend zur Seite und unterstützt damit die Kraft, die jeden
Versuch staatsbürgerliche Gleichheit auf gesetzgeberischem Wege
zu erreichen, vereiteln muß. Für uns kann es nicht heißen
Demokratie und Weltmachtspolitik, sondern nur Demokratie
oder Weltmachtspolitik. Daß die Liberalen der „Frankfurter
Zeitung“ diesen Gegensatz nicht anerkennen wollen, ist selbst-
verständlich. Daß sie sich dabei auf einen Sozialdemokraten
stützen können, ist eine der Errungenschaften dieses Krieges.

Kriegszieldebatte im Oberhaus.

London, 10. November. (W. Z. B.) Ueber die Besprechung des
Oberhauses betreffend die Zensur und die allgemeine
Lage am 8. November wird noch ergänzend gemeldet: Lord
Loreburn sagte: Wenn man fragt, daß das Publikum den
Grund der Lage verkennt, so ist die Ursache die, daß die legiti-
men Nachrichtenquellen verstopft sind. Man sagt, daß wir durch
die Erörterung dieser Dinge den Feind ermutigen, aber der
Feind weiß über unsere Angelegenheiten erhe-
blich besser Bescheid als wir selbst. Was ihn ermutigt,
ist unsere Unfähigkeit und Verschwendung. Der Redner kritisierte
die Kriegsleitung an den Beispielen des Unterganges des
Geschwaders des Admirals Craddock und den Unternehmungen in
Antwerpen und an den Dardanellen und fragte: Wie kann die
Regierung Vertrauen erwarten, welche solche Fehler begeht und dann
den Vorhang zuzieht, so daß wir eine Wiederholung der Fehler
nicht verhindern können? Diese Fehler, wie auch der Munitionsmangel
sind keine gewöhnlichen Wechselfälle des Krieges, sondern
deuten darauf hin, daß irgendwo wirklich Unfähigkeit herrscht; aber
wir erfahren nicht wo. Der Redner bedauerte die Bildung des
Koalitionskabinetts; sie habe nur die parlamentarische,
nicht die nationale Lage erleichtert und England des Schicksals der
zwei Parteien und der verantwortlichen Kritik durch die Opposi-
tion beraubt. Redner fuhr fort: Wenn wir die Vergangenheit
nicht vergessen können, so brauchen wir Versicherungen bezüglich
der Zukunft. Wir stehen

vor ernstlichen Schwierigkeiten auf dem Balkan.
Ein neuer Wechsel hat durch Kitcheners zeitweilige Abwesenheit,
die hoffentlich kurz sein wird, stattgefunden. Redner fragte, ob
für die Truppen in Mesopotamien, Ostafrika und Ägypten ent-
sprechende Maßnahmen getroffen worden seien und schloß: Die
Lage ist in der ganzen Geschichte ohne Beispiel. Jede große
Nation glaubt, daß der Krieg ihr aufgezungen wurde.
Alle glauben, daß sie im Rechte sind, und nur durchhalten
müssen, um zu siegen. Die Verluste an Menschen, die bereits auf
15 Millionen Tote und Beschädigte geschätzt werden, und die
Kriegsschulden in Höhe von vielen Tausend Millionen werden
die gesamte Zivilisation verändern.

Wenn der Krieg endlos fortgeht, so werden Resolu-
tionen und Anarchie folgen; große Teile des Kontinents
werden eine Wildnis sein mit einer Bevölkerung von Greisen,
Frauen und Kindern. Die Menschen müßten selbst
konstruiert sein, die nicht jede ehrenvolle Ge-
legenheit ergreifen würden.

um einen Aufreibungskrieg zu verhindern,
der das schrecklichste Unglück wäre, daß die Menschheit treffen
könnte.

Lord Milner kritisierte die Zensur, namentlich die Verschüm-
mung der deutschen Panfenerberichte. Die Zensur könne doch nicht
verhindern, daß diese neutrale Länder erreichen. Die Zensur habe
die deutsche Meldung unterdrückt, daß die Besatzung eines
deutschen Unterseebootes von britischen Matrosen er-
mordet worden sei. Diese Unterdrückung wurde vielfach als
Eingeständnis der Schuld angesehen. Dazu kommt die beständige
Fälschung des Publikums durch optimistisch zurechtgemachte
Kriegsberichte, wie über die Schlacht bei Neuve Chapelle am
25. September. Milner kritisierte sodann die Balkanpolitik und
sagte: Ich weiß nicht, weshalb die griechische Krise uns überascht.
Sie überraschte uns nicht nur, sondern sie warf uns völlig zu
Boden, und wir verharren in dieser Lage, bis Joffre herüberkam,
um uns zu helfen, einen Entschluß zu fassen. Milner kritisierte
die vielbesprochene Erklärung Greys Ende September, die all-
gemein als unbedingtes Hilfeversprechen an Serbien aufgefaßt
wurde, und sagte: Künftig werden die Nationen unsere Erklärun-
gen, besonders unsere Versprechungen und Verpflichtungen zur
Unterstützung sehr genau prüfen; sie werden sie nicht zum Nenn-
werte nehmen, sondern von allen Seiten betrachten und nachsehen,
wo die Falle steckt. Man muß daher auch die letzten Versicherungen
Asquiths sehr genau prüfen. Er sagte: Wir können nicht zu-
lassen, daß Serbien eine Beute der Zentralmächte und Bulgariens
wird. Aber heute ist's ihre Beute. Asquith versichert
Serbien, daß es ruhig sein könne, daß die britische Regierung
seine Unabhängigkeit als ein wesentliches Ziel der Alliierten be-
trachtet. Aber diese Erklärung scheint noch unbestimmter als die-
jenige Greys. Wenn die Unabhängigkeit Serbiens in einigen
Wochen der Vergangenheit angehört, dann wird Asquith vielleicht
gar nicht in Sorgen sein, was die Auslegung seiner Worte betrifft.
Vielleicht wird das Haus dann erfahren, wie viel oder wie wenig
seine Worte bedeuteten. Milner schloß: Was mich über das
Kabinet beunruhigt, ist, daß die Elemente der Kraft aus-
scheidet; es verlor Carson, es verliert, mindestens zeitweilig,

Kitchener. Ich wage vorauszusagen, daß Kitcheners Abwesenheit sich sehr beträchtlich hinziehen wird.

Herr Courtnay sagte: Die Bedeutung der neuesten Erklärung von Asquith scheint ungenügend verstanden worden zu sein. Wenn die Deutschen auf der Westfront keinen Fuß vorrücken, so können wir nicht sagen, daß wir vorrückten und sie zurückzogen. Dennoch wurden kräftige, energische, tragische Angriffe gemacht, um zu versuchen, die Demarkationslinie zu verändern. Die Lage an der Westfront ist die, daß wir nicht gefeiert haben und nicht besiegt sind. Die Lage an den Dardanellen ist die eines unmöglichen Abenteuers. Auch die

Lage zur See

weist gegen Ende dieser Tatsache auf, da längere Zeit keine Veränderung stattfand und anscheinend selbst die Möglichkeit einer Veränderung der Lage nicht angenommen wird. Wir beherrschen die Meere, können aber die deutsche Flotte nicht zu einer Schlacht zwingen. Der Redner fuhr fort: Die alle, von vielen Generationen aufgebauten

Zivilisation ist fast gestört,

der Krieg hat den Stand der Zivilisation herabgesetzt, große soziale Rückschritte herbeigeführt und die Würdenschaften der persönlichen Freiheit genommen. Es ist daher nicht überraschend, daß man zu fragen beginnt, ob kein Ausweg aus dieser Lage möglich ist. Wenn die einzige Alternative die wäre, daß wir unter Fremdherrschaft gerieten, so dürften wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen. Wir müssen frei sein oder untergehen. Ich glaube jedoch, daß es eine andere Möglichkeit gibt. Die Leidenschaft für nationale Unabhängigkeit ist ruhmvoll, aber sie muß mit der Möglichkeit internationaler Freundschaft veröhnt werden, wenn die Zivilisation bestehen bleiben soll. Der Gipfel der Tragödie ist, daß genau das selbe, was wir sagen und glauben, in Deutschland mit derselben ehrlichen Heberzeugung gesagt und geglaubt wird. Dies führt ebenfalls zu dem Schluß,

daß es einen Ausweg aus der Sackgasse geben muß.

Ich fordere die Regierung nicht auf, jetzt den Ausweg zu zeigen. Ich will nicht selbst die Bedingungen der Versöhnung aufzustellen versuchen. Ich will aber einige Punkte erörtern, die für die Möglichkeit eines künftigen Ausgleichs wesentlich wären. Eine unüberwindliche Grundlinie des Ausgleichs ist die Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs. Sonst müssen wir weiterkämpfen. In Deutschland ist der Gedanke weitverbreitet, daß England eine Kriegsschädigung zahlen müsse. Es gibt keinen Engländer, der jemals zustimmen würde, daß England eine Kriegsschädigung auferlegt wird. Endlich ist die Frage der Freiheit der Meere ein geeigneter Gegenstand für Friedensverhandlungen.

Die Lords.

Mit seiner Sitzung vom letzten Montag hat sich das englische Oberhaus ein unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte Europas gesichert. Die Kammer der Lords ist eine Versammlung von Leuten, die durch Gottes und des Königs Gnade die Würde der Befehlshaber erhalten haben. Sie hat dem Fortschritt in England häufig genug stark im Wege gestanden, und die jetzige liberale Regierung sah sich veranlaßt, ihre Rechte beträchtlich zu kürzen, aber alle Bedenken, die vom Standpunkte der Demokratie gegen dieses Parlament vorgebracht werden können, müssen verstummen gegenüber der Tatsache, daß es in einer Zeit, wie der gegenwärtigen, den Mut zur Wahrheit gefunden und damit den Körperlichkeiten, die sich mit besserem Recht Volksvertretungen nennen dürfen, ein leuchtendes Beispiel gegeben hat.

Was die Gemeinen verärgerten, hielten die Peers nach. Während im Unterhaus nur Sir Edward Carson rücksichtslos genug gewesen war, die große Rechtfertigungsrede des Premierministers zu bemängeln, gab es unter den Lords eine Reihe von aufrichtigen Männern, die mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge hielten und die sich weder durch Rücksichten auf den Burgfrieden, noch durch die in England so gut wie anderswo geflüsterte genährte Angst vor dem schlechten Eindruck, den eine unumwundene Kritik im feindlichen Ausland erwecken könne, an dem offenen Ausprechen dessen, was sie für richtig erachteten, hindern ließen. Sie legten die militärischen und diplomatischen Mißerfolge ihres Landes klar; sie gingen mit den Beschönigungsphrasen der Herren Asquith und Grey erbarmungslos ins Gericht; sie verurteilten die Vertuschungsversuche der Zensur, indem sie Dinge, die diese verbergen will, an die Öffentlichkeit zogen; kurzum sie sprachen, wie Männer sprechen müssen, die nicht auf dem Standpunkt stehen, daß die Liebe zum eigenen Volk und Land ein Parlament vor allem verpflichtet, in Kriegsgelassen der Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Zwei Mitglieder des Oberhauses aber ragten in der Debatte am Montag besonders hervor: Lord Vereburn, der frühere Lordkanzler, und Lord Courtnay, ein bekannter und einflussreicher Völkerrechtslehrer. Die beiden beschränkten sich nicht auf die Erörterung der militärischen und politischen Situation Englands, sondern stellten ihre Ausführungen unter den größeren und erhabeneren Gesichtspunkt der Gegenwart und Zukunft der europäischen Menschheit. Sie wagten es, prinzipiell vom Krieg und seiner Beendigung zu sprechen, die suchbaren Wirkungen des Völkerringens zu schildern, und die Frage aufzuwerfen, ob es keinen Ausweg aus diesem Unglück gebe. Lord Courtnay ging dabei am weitesten. Er trug kein Bedenken, auch dem deutschen Standpunkt Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, nannte im übrigen die Befreiung Belgiens und Nordfrankreichs eine mögliche Basis der Verständigung und forderte im Namen der Zivilisation, daß die sicher sehr ruhmvolle Leidenschaft für nationale Unabhängigkeit mit der Möglichkeit internationaler Freundschaft veröhnt werde.

Was durch die Reden deutlich vernehmbar hindurchklingt, ist der sehnliche Wunsch nach einem baldigen Frieden und das schmerzliche Bedauern, daß die Regierung des Herrn Asquith die auf eine genaue Umschreibung der Ziele des Krieges verzichtet, das Land diesem Frieden nicht näher bringt. Man kann in solchen Auslassungen das Erwachen der Erkenntnis und der Vernunft begreifen, indessen nichts wäre verfehlt, als wenn wir sie triumphierend als ein Zugeständnis englischer Schwäche und Verzweiflung ausführen wollten. Abgesehen davon, daß wir damit nur den britischen Durchhaltepolitikern einen willkommenen Dienst leisten würden, ist es auch keineswegs die Verzweiflung, die den Lords ihre Worte in den Mund gelegt hat. Sie glauben noch immer an die Möglichkeit eines Sieges oder doch eines Erfolges auf den Schlachtfeldern, und was sie zu ihrem Auftreten veranlaßt, ist nur die Sorge, daß ein Krieg, der weitergeführt wird, weil die Staatsmänner den „Ausweg aus der Sackgasse“ nicht finden können, schließlich nur auf die völlige Zerstörung eines beiden Teilen gemeinsam gehörenden Kulturbesitzes hinausläuft.

Natürlich ist die Oberhausdebatte noch nichts Entscheidendes, noch nichts, was uns den baldigen Abschluß des

opferreichen Kampfes in einigermaßen sichere Aussicht stellt. Es ist nur ein Anfang, nur ein Symptom. Aber wer mit seinem Schiffelein auf stürmischem Meer von wilden Wogen hin und her geschleudert wird, begrüßt jedes Anzeichen, das ihn daran erinnert, daß es irgendwo festes Land und einen Hafen gibt, und wenn die Worte der Lords zunächst auch keine praktische Wirkung auf die Politik der englischen Regierung ausüben werden, so liefern sie doch ein neues und wertvolles Argument gegen jenen kurzfristigen Fanatismus, der jede Kritik und jede Aeußerung des Wunsches nach einer Beendigung des Krieges als Schwachmütigkeit verlästert oder gar als eine Art von Landesverrat verdammt. Wünschenswert wäre nur, daß das vom englischen Oberhaus gegebene Beispiel allenthalben Nachahmung fände, nicht zuletzt in jenen politischen Körperschaften, die stolz darauf sind, dem Volke näher zu stehen als das gravitatische Haus der britischen Lords.

Asquith über Kitcheners Mission.

London, 10. November. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei dem Festmahle in der Guildhall aus Anlaß der Einführung des neuen Lord Marshs brachte der Staatssekretär des Innenamtes Sir John Simon einen Trinkspruch auf die Alliierten aus. Er sagte, die Erfahrungen in diesem Kriege hätten nur die Ansicht bestärkt, daß jetzt die Zivilisation um ihren Bestand gegenüber der Herrschaft der Mittelmächte kämpfe, und da jetzt der wahre Zweck der unmenslichen Methoden Deutschlands ans Licht getreten sei, sei das Bündnis so sehr gestärkt worden, daß es nicht mehr eine bloße Vereinigung militärischer und maritimer Art sei, sondern eine Vereinigung des Geistes freier Völker. Ueber den Beitritt Japans zu dem Abkommen, seinen Sonderfrieden zu schließen, sagte Simon, die Zeit, über Friedensbedingungen zu sprechen, sei noch nicht gekommen.

Balfour beantwortete einen Trinkspruch auf Meer und Flotte und sagte, die ganze Strategie der Alliierten beruhe auf ihrem Uebergewicht zur See. Ohne dieses würde ihr Los jetzt ganz anders sein, als es gewesen sei und sein werde. Der Verrat des Königs der Bulgaren sei ein diplomatischer Sieg Deutschlands, den er nicht unterschätze. Die bulgarische Regierung werde von zwei einfachen Motiven beseelt, nämlich von Bier und Angst. Bulgarien werde später zu der Einsicht kommen, daß es einen großen Fehler begangen habe. Balfour sagte, er wolle weiter nichts über die Operationen und die Dauer des Krieges prophezeien, sondern nur sagen, daß er dem Ausgange ruhig entgegenstehe.

Asquith, der mit warmem Beifall empfangen wurde, sagte, daß es in England jetzt, nach 15 Kriegsmonaten, nur eine Partei gebe; die Uneinigkeit sei verstummt, das Leben der Nation liege in dem tiefen Werte der Eintracht und einmütigen Entschlossenheit fort. Ueber Kitcheners Sendung erklärte Asquith: Kitchener will aus der Nähe und in enger Zusammenarbeit mit den britischen Vertretern und den Alliierten den ganzen Zustand auf dem Balkan untersuchen. Seine Sendung wurde von den Alliierten mit ungeeilter Einstimmigkeit und warmer Sympathie begrüßt. Die Alliierten sind entschlossen, zu kämpfen zu stehen und zu fallen. Alle vom Feinde verbreiteten Gerüchte über Einzelbesetzungen und Sonderfrieden sind eitles, wertloses Geschwätz. Ich setze im vergangenen Jahre in diesem selben Saale aufeinander, welches die Ziele sind, die erreicht werden müssen, ehe die Alliierten die Waffen niederlegen. Sie sind dieselben geblieben wie damals. (Beifall.) Wir glauben, daß wir unserem Ziele ein gutes Ende näher sind. Der Weg mag lang oder kurz sein, wir werden nicht stehen bleiben oder zögern, ehe wir den kleineren Staaten Europas die Unabhängigkeit und Europa selbst und der ganzen Welt die Befreiung von der Gewalt Herrschaft gesichert haben. (Lauter Beifall.)

Der französische Bericht über die Balkanoperationen.

London, 9. November. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet aus Saloniki: Der französische Generalstab teilte am 7. November folgendes über die Kampfhandlungen mit, die sich über die Linie Oradsko-Doiransee, wo die Engländer vorgehen, erstrecken. Die Kämpfe wurden nordöstlich Strumitza fortgesetzt. Die Dörfer Kajoli, Memisli und Doroluda sind in den Händen der Franzosen. Diese setzen ihre Aktion in nördlicher Richtung fort und werden dabei auf dem rechten Flügel durch die Engländer unterstützt, die ihre Bewegungen in Uebereinstimmung mit den Bewegungen der Franzosen bringen. Die Franzosen schlugen einen heftigen Angriff der Bulgaren beim Dorfe Papisti auf dem linken Wardrauer in der Umgebung von Arivolac ab. Ihre Linie erstreckt sich jetzt längs des Wardars bis Oradsko. In westlicher Richtung gewonnen sie Raum bis zum Ornaja, einem rechtsseitigen Nebenflusse des Wardar. Die Ornaja bildete ein ernstliches Hindernis. Die Franzosen überschritten sie beim Dorfe Ramendol; Ramendol und Debrista wurden besetzt.

Der montenegrinische Bericht.

Paris, 9. November. (W. Z. V.) Montenegrinischer Bericht vom 7. November: Bedeutende Artilleriekämpfe auf der ganzen Front. Vergebliche Angriffe der feindlichen Infanterie an verschiedenen Stellen.

Die amerikanische Note an England.

London, 9. November. (W. Z. V.) Die amerikanische Note an England hat in ihren bemerkenswertesten Teilen den folgenden Wortlaut:

Die amerikanische Regierung hat die englischen Noten vom 7. Januar, 10. Februar, 22. Juni, 23. Juli, 31. Juli und 18. August sowie die Verbalmnote vom 6. August über die Beschränkung des amerikanischen Handels durch Wahregeln der britischen Regierung sorgfältig erwoogen und die Antwort in der Hoffnung hinausgeschoben, daß die angekündigte Absicht der englischen Regierung, die Rechte der Kriegsführenden unter möglichster Berücksichtigung der Interessen von Neutralen auszuüben, die Behandlung amerikanischer Ladungen möglichst zu beschränken, den berechtigten Handel möglichst wenig zu beeinträchtigen, die Rechte der amerikanischen Bürger in Handel und Verkehr nicht unbedeutend beschränken würde. Um so bedauerlicher ist es, daß sich diese Hoffnung nicht verwirklicht hat, sondern im Gegenteil die Uebergriffe gegen amerikanische Schiffe und Ladungen, die guten Glaubens für neutrale Häfen bestimmt waren, in wachsendem Maße schändlich geworden sind und die amerikanischen Meeres- und Kaufleute zu einer Beschwerde an die Regierung veranlaßt haben, weil diese nicht Schritte getan hätte, um die Eingriffe der Kriegsführung in ihre begründeten Rechte zu verhindern. Die Beschwerden der amerikanischen Note betreffen drei Punkte: 1. Das Anhalten amerikanischer Schiffe und Ladungen, 2. die Blockade und 3. die Forderung, daß die durch die englische Politik geschädigten amerikanischen Interessenten ihr Recht vor einem englischen Preisengerichte suchen sollen.

Beim ersten Punkt beurteilt die Note das Verfahren, die Schiffe nicht auf hoher See zu durchsuchen, sondern in einen Hafen zu schleppen. Durch dieses neue Verfahren werden den Kaufleuten so hohe Verluste an Zeit und Geld verurteilt, daß ein großer Teil des amerikanischen Ausfuhrhandels nach den europäischen Ländern vernichtet worden ist. Die Annahme, daß gewisse Güter, wie Gummi und Baumwolle, von vornherein als für Feindesland bestimmt anzusehen seien, öffnet dem Mißbrauch des Kriegrechts Tür und Tor. Die Note betont, daß nicht nur die amerikanische, sondern auch die englische Ausfuhr nach diesen neutralen Ländern gestiegen sei. Die amerikanische Ausfuhr müßte bei dieser Behandlung in demselben Maße leiden, in dem die englische Ausfuhr zunimmt. England kann nicht voraussetzen, daß die Vereinigten Staaten sich eine solche offenebare Ungerechtigkeit gefallen lassen. Jeder Versuch der Kriegsführenden, das Recht der Neutralen auf freie Ausfuhr zu beeinträchtigen, wird als ungesetzlich und unentschuldigbar erklärt. Es geht den neutralen Verkäufere nichts an und es berührt sein Handelsrecht nicht, wenn das Bestimmungsland Güter später an ein kriegsführendes Land weiter verkauft. Die Beschlagnahme ist auch nicht gerechtfertigt, wenn es sich um bedingtes Baumgut handelt, das durch ein neutrales Land an ein feindliches Land ausgeführt wird. Die Vereinigten Staaten sehen sich daher genötigt, die Beschlagnahme von Schiffen auf bloßen Verdacht hin und ihre Behandlung nach der königlichen Verordnung vom 11. März anzufechten. Die Regierung vertraut auf die Einhaltung der Grundzüge der Gerechtigkeit, die die englische Regierung vor dem Kriege so oft und unparteiisch vertreten hat, und nimmt an, daß die englische Regierung ihre Offiziere anweisen wird, dieses ärgerliche und ungesetzliche Vorgehen zu unterlassen.

Beim 2. Punkt macht die amerikanische Regierung besonders auf die sogenannte „Blockade“ auf Grund der königlichen Verordnung vom 11. März aufmerksam und sagt: England will Deutschland und Oesterreich-Ungarn blockieren, hat aber versichert, daß es den Handel mit den Nachbarländern nicht beeinträchtigen wolle. Doch eine Erfahrung von 6 Monaten hat die amerikanischen Bürger gelehrt, daß England mit seinen Ermüdungen, zwischen feindlichem und neutralem Handel zu unterscheiden, seinen Erfolg hatte. Die Vereinigten Staaten waren anfangs geneigt, die sogenannten britischen Blockademahregeln milde zu beurteilen. Nach den englischen Ausführungsbestimmungen aber sind sie gezwungen, zu erklären, daß ihre Erwartungen auf einem Mißverständnis der Absichten der englischen Regierung beruht haben.

Die Note widerlegt ausführlich die juristische Gültigkeit der Blockade und sagt schließlich: Die amerikanische Regierung sieht sich daher genötigt, der englischen Regierung in aller Form anzuzeigen, daß die Blockade, die England mit der königlichen Verordnung vom 11. März errichtet zu haben behauptet, von den Vereinigten Staaten nicht als rechtmäßige Blockade angesehen werden kann.

Der dritte Beschwerdepunkt ist, daß amerikanische Bürger in britischen Preisengerichtshöfen ihr Recht suchen sollen und daß die britische Regierung, bevor nicht solche Prozesse mit einer Rechtsverweigerung geendet haben, über die einzelnen Fälle nicht diplomatisch verhandeln will. Die Note betont, daß die Entscheidungen der Preisengerichte durch königliche Verordnungen gebunden seien, deren Inhalt den Gegenstand eines Streites mit den Vereinigten Staaten bilde.

Die Note fährt fort: Die Regierung erfährt, daß die Freigabe der Schiffe nur erfolgt, wenn der Kläger Losfengengebühren, Hafengebühren, Ladengebühren, Lagergebühren usw. zahlt oder sich verpflichtet, später keine Gripanprüche geltend zu machen. Der amerikanischen Regierung ist der Gedanke widerwärtig, daß amerikanische Bürger eine solche unvornehme Behandlung erfahren sollen. Damit die Haltung der amerikanischen Regierung deutlich verstanden wird, erklärt sie bei dieser Gelegenheit, daß meine Regierung die Rechtmäßigkeit solcher Belastungen nicht anerkennt und bestrittet, daß diplomatische oder andere Rechtsmittel dadurch außer Kraft gesetzt würden. Die amerikanische Regierung erklärt ausdrücklich, daß sie sich keinesfalls des Rechtes bezieht, gegen den Anspruch der englischen Regierung, bestimmte Güter auf die Baumgüter zu setzen, Einspruch zu erheben. Die Vereinigten Staaten behalten sich vielmehr das Recht vor, hierüber später noch Vorstellungen an die englische Regierung zu richten.

Die amerikanische Presse über die Note an England.

New York, 9. November. (W. Z. V.) Der Privatkorrespondent von Wolffs Telegraphischem Bureau meldet: Die Blätter äußern sich über die amerikanische Note an England im allgemeinen zustimmend. In den Leitartikeln wird im großen und ganzen der Standpunkt vertreten, daß durch die Note an England offen eine Lösung der Streitfrage gefordert werde. Die Blätter betonen die Logik der Note, während einige von ihnen darauf hinweisen, daß die Note nichts darüber anbeude, welchen Weg die Vereinigten Staaten einschlagen werden, falls die britische Antwort unbefriedigend ausfällt. „Sun“ sagt in einem Telegramm aus Washington: Die Note ist im ganzen eine heftige Anklage gegen die britische Regierung wegen ihrer ungesetzlichen Maßnahmen gegen die neutrale Schifffahrt. Der unzugängliche Standpunkt, wie ihn die Noten an Deutschland und Oesterreich-Ungarn in der Note an England. Was ein scharfes Vorgehen der Vereinigten Staaten für den Fall anbetrifft, daß den Beschwerden nicht abgeholfen wird, so zeigt die Note nach diesem Dazwischenhalten, daß die Vereinigten Staaten noch immer kein Mittel kennen, um auf England einen stärkeren Druck als durch diplomatische Vorstellungen auszuüben. Die Regierung vertritt indessen den Standpunkt, daß es unmöglich gewesen sei, sich an England in ganz derselben Weise zu wenden wie an Deutschland, da der Unterseebootkrieg die Frage der Menschenrechte eingeschlossen habe, während der Streit mit England nur Eigentumsrechte betreffe. Die Note an England enthält aber zahlreiche Beweise von dem Bestreben der Regierung, alle kriegsführenden hinsichtlich der an sie gerichteten Forderungen zur Beobachtung des Völkerrechts auf gleichen Fuß zu stellen. — Die „Galveston Tribune“ sagt: Die Note gibt den Deutschen Freunden großen Mut. Es besteht kein Grund, die Regierung der Parteilichkeit oder englandfreundlicher Gefühle zu beschuldigen. Die Note tritt für amerikanische Rechte ein, die auf den anerkannten Grundgesetzen des Völkerrechts beruhen.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 10. November. (W. Z. V.) Amtlicher gestriger Nachmittagsbericht: Das Gewehrfeuer im Gebiete von Loos dauert beiderseits an. Weiter südlich Watrouilskämpfe, in welchen wir die Oberhand behielten. Heftige feindliche Bombardements fanden im Abschnitt von Beauvraignes und in der Champagne statt. Unsere Artillerie erwiderte überall sehr wirksam. Auf der übrigen Front eine ruhige Nacht.

Paris, 10. November. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von gestern abend: Artilleriekämpfe auf einem großen Teil der Front, besonders auf dem Roubron-Plateau, wo wir sehr wirksame Feuerkonzentrationen gegen die feindlichen Anlagen ausführten. In der Champagne war die Kanonade im Gebiet von Lohure und des Resulthügels beiderseits noch immer sehr lebhaft. In den Vogesen südlich Buxa zerstörten unsere Schützengrabensgeschütze feindliche Blockhäuser und Unterstände.

Belgischer Bericht: Die Nacht vom 8. zum 9. November war ruhig. Heute Bombardement von Furnes, Ramskapelle, Verwyle, Ausdamme und Caesterle. Einige Geschosse fielen auf unsere vorgeschobenen Posten und auf verschiedenen Stellen unserer Linien.

Deutsche U-Boot-Erfolge.

Amlich, Berlin, 10. November. (W. Z. B.) Am 5. November wurde am Eingang des Finnischen Meerbusens das Führerfahrzeug einer russischen Minen-such-Abteilung und am 9. November nördlich von Dänemark ein französisches Torpedoboot durch unsere Unterseeboote versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Italienischer Passagierdampfer torpediert.

Rom, 10. November. (W. Z. B.) Agenzia Stefani meldet aus Ferryville: Am Montag nachmittag wurde bei Cap Carbonara der nach New York fahrende Dampfer „Ancona“ von der Schiffsfahrts-Gesellschaft Italia durch ein großes Unterseeboot mit österreichischer Flagge versenkt. Laut „Giornale d'Italia“ waren 422 Passagiere an Bord. Die Besatzung betrug 60 Mann. Bisher steht fest, daß 270 Personen gerettet sind. Sie sind in Biserta eingetroffen.

Notiz des W. Z. B.: Nach zuverlässigen Nachrichten versuchte der Dampfer zu fliehen. Das Unterseeboot war daher gezwungen, von seinen Geschützen Gebrauch zu machen.

Bern, 10. November. (W. Z. B.) Zum Untergang des italienischen Schiffsahrts-Gesellschaft „Italia“ gehörenden Dampfers „Ancona“ meldet „Corriere della Sera“ aus Tunis folgende Einzelheiten: Der Dampfer hat radiotelegraphisch um Hilfe, er wurde von der drahtlosen Station Biserta gehört, von wo aus sofort eine Rettungsaktion veranlaßt wurde. 160 Passagiere und zehn Matrosen sollen gerettet und nach Ferryville gebracht worden sein. — Nach Informationen vom „Corriere della Sera“ aus Tunis soll der Dampfer von einem österreichischen Unterseeboot zum Sinken gebracht worden sein. — Anscheinend seien auch unter den Überlebenden Verwundete. Außer den aus Venedig und Apulien stammenden Auswanderern sollen sich zehn Griechen auf dem Schiff befunden haben. „Corriere della Sera“ knüpft an die Nachricht einen erbitterten Kommentar über die „verdreherische Handlungsweise“ an.

Auf Minen geraten.

Kopenhagen, 10. November. (W. Z. B.) „Nationaltidende“ schreibt: Kürzlich meldeten wir, daß der Dampfer „Sibiva“ aus Bergen in der Nähe von Dover auf eine Mine gestoßen und gesunken war. Der Kapitän und die Besatzung sind nunmehr in Bergen angekommen und berichten, daß nicht weniger als fünf englische Schiffe, darunter drei Patrouillenboote, zu derselben Zeit und in derselben Gegend in der Straße zwischen Dover und Calais auf Minen gestoßen und gesunken sind. Das erste Schiff, das in die Luft sprang, war ein Dampfer aus Glasgow mit Sildgut. Das Schiff geriet in Brand, ehe es versank. Hierauf lief ein Patrouillenboot auf eine Mine und wurde in zwei Teile gesprengt, wobei 16 Mann umkamen. Darauf wurde ein zweites Patrouillenboot in die Luft gesprengt, von dessen Besatzung nur zwei Mann gerettet wurden. Dann liefen noch ein Fisch- und ein Frachtdampfer auf Minen. Was mit deren Besatzungen geschehen ist, wußte der norwegische Kapitän nicht.

London, 10. November. (W. Z. B.) Die Admiralität berichtet: Der Zerstörer „Loris“ ist im östlichen Mittelmeer gestrandet. Er ist nur mehr ein Wrack. Die Offiziere und die Besatzung sind gerettet.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 10. November. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 9. November 1915. Auf dem linken Ufer der Sa, in Kurland, besetzten unsere Abteilungen die Gegend östlich Kemmeru und erbeuteten viel Munition und Material, das die Deutschen bei ihrem eiligen Rückzuge zurückgelassen hatten. Die feindliche Artillerie belagerte die Stellungen, die wir gestern abend bei Olai, nordöstlich Rūta, besetzt hatten. In der Gegend von Jaloßstabi besetzten wir nach heftigem Kampfe das Dorf Oujeniskä westlich des Swentensees (4 km) und machten annähernd 100 Gefangene. Bei Komarow, nördlich Kollä, griff der Feind dreimal ohne Erfolg an. Unsere Artillerie schoß Munitionsmagazine des Feindes bei Berestian, südöstlich Kollä (21 km), in Brand. Westlich der Stadt Jaleszjchi nahmen wir im Sturm, am Südoststrand des Dorfes Wintatynce, ein stark befestigtes Wäldchen, aus welchem der Feind fortgesetzt Plankenfeuer auf unsere Gräben abgab. Der Feind setzte vier Gegenangriffe an, um die verlorene Stellung wiederzunehmen, wurde aber zurückgewiesen. — Im südlichen Teil der Dniepr versenkte ein englisches U-Boot den deutschen Kreuzer „Undine“. — Auf der Kaukasusfront keine Veränderung.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 10. November. (W. Z. B.) Kriegsbericht vom 9. November. Längs der Grenze des Trentino immer heftigere beiderseitige Tätigkeit der Artillerie und der Flugzeuge. Auf dem Hochcordebole versuchte der Feind in der Nacht vom 7. zum 8. November mit Eryamannschaften den Gipfel des Col di Lana wieder zu erobern. Dieser heftige Stoß wurde abgewiesen. Die Unrigen gingen zum Gegenangriff über und verfolgten den flüchtenden Gegner. Sie erreichten ihn und bemächtigten sich des Gipfels des Monte Stef nördlich des Col di Lana. In Kärnten ebenfalls heftige Tätigkeit der feindlichen Artillerie. Unsere eigene Artillerie zerstörte feindliche Abteilungen im Roebertal (Gall) sowie auf dem Abhang des Kodinberges. Sie bombardierten den Bahnhof Sainny an der Spitze des Fellatales. Während der Nacht vom 8. zum 7. November griffen auf der Höhe westlich von Görz starke Kolonnen Infanterie nach intensiver Artillerievorbereitung und nach Werfen zahlreicher Handbomben entschlossen unsere Stellungen an. Der Feind wurde zurückgewiesen und ließ das Schlachtfeld leichtenbedeutend zurück. Auf dem Karit gestern kein wichtiges Ereignis. Eines unserer Luftschiffe flog in der Nacht vom 7. zum 8. November über einer dichten Nebelschicht über die Gegend zwischen Monzo und Bippaco hinweg und stieß sodann unter die Nebelschicht. Es bombardierte die feindlichen Batterien und Schützengräben in der Umgebung von Sabogna. Durch die Scheinwerfer des Feindes entdeckt, entkam das Luftschiff dem Feuer der Abwehrgeschütze und kehrte unverletzt zurück.

Von der Dardanellenfront.

Konstantinopel, 9. November. (W. Z. B.) Das Hauptquartier teilt mit: An der Dardanellenfront dauerten die üblichen Feuergefechte an. Bei Anafarta zerstörte unsere Artillerie ein schweres Geschütz des Feindes an der Mündung des Azmadere und eine Minenverstellung nördlich von Rehtantepe. Bei Ari Burun und Sunghubair In-

fanterieklämpfe mit heftigem gegenseitigen Handgranatenkampf. Unsere Artillerie beschloß dort wirksam die feindlichen Schützengräben. Bei Sedd ul Bahr verursachte das feindliche Artilleriefeuer in unseren Schützengräben auf dem linken Flügel leichten Schaden. Unsere Artillerie eröffnete ein wirksames Feuer auf arbeitende feindliche Soldaten. An dieser Front leichtes gegenseitiges Infanterie- und lebhafteres Artilleriefeuer und Kampf mit Bomben. Zwei feindliche Monitore und ein Torpedoboot nahmen an diesem Feuer teil, ohne eine Wirkung zu erzielen.

Sonst ist nichts zu melden.

Beteiligung Italiens am Friedens-Studienkongress.

Der Vorkler „Vorwärts“ berichtet: Die Leitung des Berner Studienkongresses hat den deutschen Sekretär kürzlich nach Italien geschickt, um für Vertretung Italiens beim Kongress tätig zu sein. Das Resultat ist befriedigend. Es gelang, führende Männer der Wissenschaft und Politik für den Kongress zu interessieren. Die Liste der Zustimmungen und Beteiligungserklärungen auch aus anderen Ländern weist bereits eine Reihe von kompetenten Männern auf.

Parteigenossen!

Werbet unermülich für die politische und gewerkschaftliche Schulung der Arbeiterschaft, haltet Treue Euren Organisationen!

Politische Uebersicht.

Gesetz zum Schutz der Kriegsteilnehmer.

Das Gesetz betreffend den Schutz der wegen des Krieges an der Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen will die Kriegsteilnehmer gegen Verunehrung durch Klagen schützen. Da der Kriegsteilnehmer nicht in der Lage ist, gleichzeitig auf dem Schlachtfeld und vor Gericht anwesend zu sein, so müssen gegen den Krieger gerichtete Klagen während des Kriegszustandes ausgesetzt werden. Ein Loch in diese notwendige Schutzvorrichtung hat leider der Wortlaut der Bundesratsverordnung vom 14. Januar 1915 gebildet, die bekanntlich einen Stellvertreter für den Kriegsteilnehmer nur dann zulassen will, wenn es sich um zahlungsfähige Krieger handelt, die dolos ihre Verpflichtung trotz ihrer Fähigkeit hierzu nicht nachkommen. Der Wortlaut der Verordnung ist aber in der Praxis entgegen dieser Absicht auf alle, insbesondere auf infolge der Einberufung zahlungsunfähig gewordenen Kriegsteilnehmer ausgebeutet. An diesem bellagenerischen Mißstand ist nicht das Gesetz schuld. Wohl aber an einer von Tag zu Tag fühlbarer werdenden Lücke. Das Gesetz gilt nämlich nur für die „mobilen oder gegen den Feind verwendeten“ Truppen. Da ist nun ein lebhafter Streit entstanden: wer gehört zu den gegen den Feind verwendeten Truppen? Es gibt Gerichte, die bestritten haben, gegen den Feind würden die Soldaten verwendet, die Eisenbahnen, Brücken, Bahnhöfe bewachen, ferner solche, die in Werkstätten arbeiten, dann solche, die Gefangene bewachen, dann solche, die auf einem Schießplatz zu militärischen Dienstleistungen Verwendung finden, ja sogar solche Personen der Reserve sind von einigen Gerichten als nicht gegen den Feind verwendet erachtet, die zu oder nach ihrer Ausbildung sich noch im Inland befinden. Vergeblich fragt man, wozu denn die Soldaten verwendet werden, wenn die Ansicht zutrifft, sie würden nicht gegen den Feind verwendet. Eine Anzahl anderer Gerichte, insbesondere das Reichsgericht, auch Gutachten von Generalkommandos huldigen denn auch zum Teil entgegengesetzter Ansicht. Aber der Wirrwarr und die Rechtsunsicherheit ist groß. Deshalb beantragte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag, die Beschränkungen des Gesetzes betreffend den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen vom 4. August sollten fortfallen und dementsprechend die Worte „mobilen oder gegen den Feind verwendeten“ gestrichen werden. Dieser Antrag ist im August im Reichstag einstimmig angenommen. Deshalb ist der Bundesrat dem einhellig ausgesprochenen Verlangen, das Gesetz zugunsten unserer Krieger in dem angeführten Sinn zu ändern, noch nicht nachgekommen?

Eine nationalliberale Internationale.

Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Hugo Stötter spricht im „Tag“ über die deutsche Sozialdemokratie und die Internationale. Leider enttäuschen seine Ausführungen, denn sie beschränken sich in der Hauptsache auf einen — noch dazu sehr lächerlichen — Auszug aus dem Material, das seinerzeit der sozialdemokratische Parteivorstand über seine vergeblichen Bemühungen, mit den ausländischen Genossen in Fühlung zu kommen, veröffentlicht hat. Was Stötter darüber hinaus von den Züricher Sozialisten, von dem englischen Gewerkschaftskongress und einigen anderen Dingen erzählt, beweist nur, daß er von den Vorgängen innerhalb der Internationale schlechter unterrichtet ist, als ein nicht allzuflüchtiger Zeitungsleser und Genosse Heine, das „Hamburger Echo“ und die Chemnitzer „Volkstimme“ können nicht eben sehr stolz auf die sühlschwere Anerkennung sein, mit der er ihr für den Anfang immerhin anerkennenswertes Verhalten im Gegensatz zu dem des „Vorwärts“ registriert.

Wie übrigens die Internationale aussehen möchte, wenn sie dem Vertreter eines von der Schwerindustrie beherrschten niederdeutschen Wahlkreises gefallen sollte, verrät Herr Stötter mit folgenden Worten:

Für einen beträchtlichen Teil internationaler Bestrebungen auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Kultur, des Rechts und der Wirtschaft kann man volles Verständnis haben. Die Welt würde ohne sie geistig verarmen und sich wirtschaftlich schädigen. Auch auf dem besonderen Felde der Sozialpolitik und Arbeiter-schutzgesetzgebung ist internationaler Ausgleich und zwischenstaatliche Verständigung sehr zu begrüßen, damit die deutsche Vorbelastung gemindert werde. Aber diesen Internationalismus, der lediglich darauf abzielt, Deutschland wehrlos zu machen und niederzuwerfen, damit das englische Weltmonopol nicht erschüttert werde, denn darauf läuft ja schließlich die Prozedur der Internationalen hinaus, müssen alle Deutschen, ohne Unterschied der Partei bekämpfen.

Daß diese lächerliche nationalliberale Internationale einmal Wirklichkeit werden könne, wagt unser Freund allerdings kaum zu hoffen. „Wahrscheinlich ist“, so schließt er resigniert, „daß die Internationale nach dem Krieg die Politik vor dem Krieg fortsetzen wird“. Ganz so wird es ja wohl nicht kommen, aber wir leben doch der sicheren Hoffnung, daß Herr Stötter nach wie vor mit uns und der Internationale sehr unzufrieden sein wird.

Der „Burgfriede“ im sächsischen Landtage.

In der Sitzung des Landtages vom Mittwoch wurde das Präsidium gewählt. Die konservative Fraktion hatte an die Sozialdemokraten ein Schreiben gerichtet, in dem mitgeteilt wird, daß die Konservativen diesmal keinen sozialdemokratischen Vizepräsidenten wählen würden. Als Grund war angegeben, die Sozialdemokraten hätten im vorigen außerordentlichen Landtage den Burgfrieden nicht in der gewünschten Weise gewahrt und ihre für diesen Landtag eingebrachten Anträge bedeuteten eine Kompromittierung gegen die bürgerlichen Parteien. Dieses Schreiben wurde in der öffentlichen Plenarsitzung verlesen und darauf geantwortet, daß die sozialdemokratische Fraktion ihre Anträge nach eigenem Ermessen und ohne Rücksicht auf andere lediglich im Interesse des Volkes stelle, daß sie sich ferner ihre Kritik in keiner Weise von einer bürgerlichen Partei vorzeichnen lasse. Die sozialdemokratische Fraktion erkläre in dem Schreiben der Konservativen eine Herausforderung zum Kampf, den sie aufnehmen wird. Dieser Erklärung stimmten die Sozialdemokraten lebhaft zu. — Der konservative Abg. Dr. Böhmer suchte dem Schreiben eine andere Deutung zu geben und betonte nochmals, daß die sozialdemokratischen Anträge gegen den Burgfrieden verstießen. Als Präsident wurde dann einstimmig wieder der nationalliberale Abgeordnete Dr. Vogel gewählt. Bei der Wahl des ersten konservativen Vizepräsidenten gaben die Sozialdemokraten und drei bürgerliche weisse Stimmzettel ab. Als zweiter Vizepräsident wurde wieder Genosse Fräßdorf gewählt; die Konservativen gaben weisse Zettel ab. Bei der Wahl von drei Sekretären lehnten unsere Genossen ebenfalls den Konservativen ab und schlugen dafür Genossen Fleißner vor, für den außer der sozialdemokratischen Fraktion noch einige bürgerliche stimmten. Gewählt wurden je ein Konservativer, ein Nationalliberaler und ein Freisinniger. Zu stellvertretenden Sekretären wurden schließlich durch Jurauf einstimmig Genosse Fleißner und ein Nationalliberaler gewählt.

Reichstagswahlwahl in Sangerhausen-Gartberg.

Für den Wahlkreis Sangerhausen-Gartberg wurde an Stelle des im vorigen Monat verstorbenen Reichstagsabgeordneten Wamhoff der nationalliberale Handelskammerpräsident Hirsch, Mitglied des Abgeordnetenhauses, als Reichstagskandidat aufgestellt. Die anderen Parteien werden diese Kandidatur unterstützen.

Das tägliche Brot.

Weitere Höchstpreise in Aussicht.

Wie die „Köln. Zeitung“ meldet, ist dem Bundesrat in den letzten Tagen ein Entwurf zugegangen, wonach der Reichskanzler ermächtigt werden soll, Erzeugerpreise für Gemüse (insbesondere Weißkohl), Zwiebeln und Dauerobst sowie Herstellerpreise für Obstmus, Marmeladen, Honig und Kunsthonig, für Sauerkraut, Rübensirup und sonstige Zetterzuckerstoffe zum Brotaufstrich festzusetzen. Auch die Festsetzung von Höchstpreisen für Kaffee, Tee und Kakao sowie sonstiger Kolonialwaren in nächster Zeit soll in Aussicht genommen sein.

Trotz Kartoffelreichtums keine Kartoffeln.

Um entsprechend der neuesten Kartoffelverordnung des Bundesrats die Gemeinden mit genügenden Mengen zu versehen, ist für Bayern in München eine Kartoffelversorgungsstelle errichtet worden, bei der die Gemeinden ihren Bedarf anzumelden haben. Die Stadt Nürnberg hat einen Bedarf von 50 000 Zentnern angemeldet, wovon bis jetzt nur ein kleiner Teil zugewiesen ist; aber auch dieser ist nur schwer zu bekommen, obwohl Kartoffeln im Überfluß vorhanden sind. Die Produzenten halten mit ihren Produkten zurück, weil sie hoffen, im Frühjahr bedeutend höhere Höchstpreise zu bekommen. Im Nürnberger Stadtmagistrat übte an diesen Zuständen Magistratsrat Genosse Klögel lebhafteste Kritik auf Grund reichhaltigen Tatsachenmaterials und verlangte, da die Ernte sehr gut ist und Kartoffeln reichlich vorhanden sind, daß Schritte getan würden, um die Spekulanten und Produzenten zur Herabgabe der Kartoffeln zu zwingen. Der Oberbürgermeister will persönlich die Regierung auf diese Zustände aufmerksam machen.

Wohin das Ziel der Produzenten geht, erfährt man aus einer Meldung aus Basel (Schweiz), wonach die Zufuhr von deutschen Kartoffeln nach der Schweiz einen großen Umfang angenommen hat. Jeden Tag treffen dort Sonderzüge mit Kartoffeln auf dem Bahndamm wie auf dem Schweizer Bahnhof Basels ein, um nach dem Innern des Landes weiterzugehen, besonders nach dem Berner Oberland. In der Schweiz winkt den Spekulantensicher ein höherer Preis als in Deutschland.

Der Kleinhandelspreis von 3,95 M., der bei der in Schleswig-Holstein besonders großen Kartoffelnot noch immer reichlich hoch ist, genügt aber vielen Kartoffelhändlern nicht. Aus verschiedenen Orten der Provinz wird gemeldet, daß die Kartoffelanfuhr zu den Wochenmärkten bedeutend nachgelassen hat oder die Verkäufer höhere Preise forderten, als zulässig sind. Auf den letzten Wochenmärkten in Gufum, Neumünster und Friedrischstadt mußte die Polizei gegen solche Preistreiber einschreiten. In Elmshorn trieben es die Kartoffelhändler sogar soweit, unter sich dafür Propaganda zu machen, keine Kartoffeln mehr zu verkaufen. Tatsächlich konnten dieser Tage viele Einwohner des Ortes keine Kartoffeln erhalten. Das hat die Polizeibehörde veranlaßt, die Kartoffelhändler darauf aufmerksam zu machen, daß in solchen Fällen die Kartoffeln polizeilich in Verwahrung genommen und vom Magistrat zu den festgesetzten Höchstpreisen für Rechnung des Besitzers verkauft werden können. Diese Fälle zeigen, wie notwendig die Beschlagnahme der Kartoffeln ist.

Letzte Nachrichten.

Anmeldepflicht für nicht-öffentliche Versammlungen.

Bekanntmachung.

Durch meine Bekanntmachung vom 31. Juli 1914 habe ich angeordnet, daß alle öffentlichen Versammlungen der Genehmigung bedürfen, die wenigstens 48 Stunden vor Beginn der Versammlung bei der Polizeibehörde nachzusuchen ist.

Im Anschluß hieran bestimme ich für den Bezirk der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

Alle nicht-öffentlichen Versammlungen politischer Vereine sowie alle diejenigen Versammlungen, in denen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden, sind vom Vorstand oder vom Einberufer mindestens 48 Stunden vor dem Beginn der Versammlung unter Angabe des Ortes, des Verhandlungsgegenstandes und der Redner bei der Polizeibehörde schriftlich anzuzeigen.

Die Anordnung tritt sofort in Kraft. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 100 Mark, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Der Oberbefehlshaber

v. Kessel,
Generalsberst.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung in der Berliner Zigarettenindustrie.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Zigarettenindustrie waren Gegenstand lebhafter Erörterung in einer überaus stark besuchten Branderversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes am 9. November. Die feinerzeit bewilligten Teuerungszulagen sind infolge der gestiegenen Lebensmittelpreise durchaus nicht mehr angemessen. Andererseits versuchen die Fabrikanten die damals bewilligte Teuerungszulage dadurch zu mindern, daß die sonst üblichen Zulagen zum Teil überhaupt nicht oder nur in ganz beschränktem Maße gewährt werden. Auch suchen die Fabrikanten durch Einstellung von ungeübten Arbeitskräften mit recht geringen Einstellungsgehältern sich schadlos zu halten. Ebenso wurde darüber Klage geführt, daß der Arbeitsnachweis des Deutschen Tabakarbeiterverbandes nicht in Anspruch genommen würde. Während hier feinerzeit genügend arbeitslose Zigarettenmacher am Orte waren, versuchten einige Firmen Arbeiterinnen von außerhalb zu beziehen. Nach einer ausgiebigen Aussprache wurde die Verbandsleitung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes beauftragt, sofort mit den Fabrikanten resp. mit dem Arbeitgeberverband in Verbindung zu treten und die Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft zu unterbreiten. Verlangt wurde, daß die Einstellungsgehälter geregelt würden, und zwar soll der Mindesteinstellungslohn für ungeübte 13 M., für geübte 16 M. betragen, allen übrigen Arbeitern sollte für Akkord- und Zeitlöhne ein Aufschlag von 10 Proz. gegeben werden. Die bisher gezahlten Teuerungszulagen sollen weitergezahlt oder in Lohn umgerechnet werden. Für Ueberstunden sollen für die ersten zwei ein Aufschlag von 25 Proz., für jede weitere sowie für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. gewährt werden. Die Anerkennung des Arbeitsnachweises sowie eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurde von den Versammelten ganz besonders gewünscht. Die Anträge wurden von der Versammlung einstimmig angenommen.

Teuerungszulage der Ristenmacher.

Die Kommission erstattete am Dienstag Bericht von den erneut mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen. Wie der Vorsitzende mitteilte, sind die Besprechungen ergebnislos verlaufen. Die Fabrikanten blieben dabei, nicht mehr geben zu können, als sie vorher schon zugebilligt hatten, über die 5 Proz. Lohnaufbesserung könnten sie nicht hinausgehen. Die Arbeiter unter 20 Jahren sollten auch nach wie vor überhaupt keine Teuerungszulage erhalten.

Wie in der Versammlung zur Sprache kam, haben indes bereits vom letzten Sonntag einzelne Unternehmer doch eine Zulage von 10 Proz. gewährt, zum Teil auch noch eine weitere Zulage darüber hinaus zugesichert.

Die Verammelten brachten in der Diskussion einmütig zum Ausdruck, daß die 10 Proz. unter allen Umständen und in allen Betrieben durchgedrückt werden müssen. Wo noch nicht bewilligt ist, soll betriebweise vorgegangen werden. Erreichen die Arbeiter des Betriebes nichts, so wird die Kommission eingreifen.

Die Zahlstelle Berlin des Buchbinderverbandes stellt in ihrem Geschäftsbericht für das dritte Vierteljahr fest, daß sich der Mitgliederbestand gegen das zweite Vierteljahr trotz 865 Neuaufnahmen um 113 verringert hat, da zahlreiche Mitglieder zum Militär eingezogen wurden. Am Schluß des dritten Vierteljahres war ein Bestand von 4800 Mitgliedern (1862 männlichen und 3138 weiblichen) vorhanden. Aus dem Stassenbericht ergibt sich, daß für Unterstützungen 17 887 M. ausgegeben wurden und zwar 7495 M.

an Arbeitslose, 8820 M. an Kranke, 1074 M. bei Sterbefällen. Außerdem leistete die Lokalkasse 5174 M. an Kriegsunterstützungen. Die am Dienstag abgehaltene Generalversammlung, welche den Geschäftsbericht entgegennahm, stimmte einem Antrage der Ortsverwaltung zu, wonach die Lokalkasse den Arbeitslosen eine besondere Weihnachtsunterstützung gewährt. Dieselbe beträgt, je nach Dauer der Mitgliedschaft bei den männlichen Mitgliedern 5, 7,50, 10, 15 M. und bei den weiblichen Mitgliedern 3, 5, 7,50, 10 M. Die Angehörigen der Kriegsteilnehmer erhalten ebenfalls eine nach der Dauer der Mitgliedschaft abgestufte Weihnachtsunterstützung von 3 bis 10 M. Die im Felde stehenden Mitglieder erhalten auf Kosten der Lokalkasse Weihnachtspakete. Vom Zentralvorstand wurde mitgeteilt, daß er beschlossen hat, den Arbeitslosen, den Angehörigen der Kriegsteilnehmer und den Ausgesteuerten Weihnachtsunterstützungen von je 5 M. zuteil werden zu lassen, was eine Ausgabe von 40—45 000 M. verursachen wird. Vom 1. Januar ab sollen die vollen statutenmäßigen Unterstützungssätze wieder in Kraft treten.

Deutsches Reich.

Kriegsbeschädigtenfürsorge im Tapezierergewerbe.

Die Zentralvorstände der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen des Tapezierergewerbes haben Leitfäden aufgestellt, nach welchen die Zweigvereine die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten organisieren sollen.

Die Kriegsbeschädigten des Verufes haben, soweit sie nur irgend nach der Art ihrer Beschädigung den Veruf ausüben können, Anspruch auf weitere Beschäftigung im Tapeziererberuf. Unternehmer und Arbeiter sind verpflichtet, den Kriegsbeschädigten weitgehendste Rücksicht und Unterstützung angedeihen zu lassen. Die Einstellung der Kriegsbeschädigten soll unter Beobachtung jeder irgendwie möglichen Rücksicht erfolgen.

Die Sorge für die Kriegsbeschädigten soll Hauptaufgabe der örtlichen Innungsleitungen und der Verwaltungsstellen des Verbandes sein, die gemeinsam an der bestmöglichen Durchführung dieser Aufgabe arbeiten müssen. Dabei ist Gewicht darauf zu legen, daß diese Fürsorgetätigkeit stets in Anlehnung an die örtlich bestehenden amtlichen Fürsorgeeinrichtungen geschieht, um auch dem zur Ausübung des Tapeziererberufes nicht mehr befähigten Kriegsbeschädigten bei der Unterbringung in anderen Verufen behilflich zu sein.

Kriegsbeschädigte, die infolge ihrer Beschädigung nicht mehr in dem Teil des Tapezierergewerbes, in dem sie innerhalb der letzten Jahre beschäftigt waren, arbeiten können, sollen wenn irgend möglich in einem anderen Teil des Tapezierergewerbes untergebracht werden. Die hierzu erforderliche Gelegenheit zur Erneuerung und Ergänzung früherer beruflicher Fachausbildung ist zu geben. In größeren Städten, in denen Fach- und Fortbildungsschulen bestehen, sollen hierzu besonders die Volkshochschulen dienen. Wo solche nicht bestehen, sind die örtlichen Behörden zu veranlassen, derartige Schulen einzurichten. Für Kriegsbeschädigte aus Orten, an welchen die Schaffung eines geeigneten Fachschulunterrichts nicht durchführbar ist, ist der Bundesvorstand und der Hauptvorstand des Verbandes bereit, die Unterbringung in einer geeigneten Fachschule zu vermitteln.

Es ist nötig, zwecks Erlangung der erforderlichen Existenzmittel für die Dauer der Ausbildung des Kriegsbeschädigten mit allem Nachdruck bei den Reichs-, Staats- und städtischen Behörden einzutreten sowie auch sich um die Vergabe von Stipendien und Zuschüssen aus Stiftungen zu bemühen.

Läßt die Art der Verletzung eine Wiederaufnahme des Kriegsbeschädigten in das Tapezierergewerbe überhaupt nicht mehr zu, so ist die Einstellung desselben als Lagerverwalter oder in ähnlicher Stellung bei den selbständigen Gewerbetreibenden des Tapeziererberufes zu versuchen.

Zur Beratung der Kriegsbeschädigten sind allertorts Kommissionen aus einer gleichen Anzahl Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bilden. Diese Kommissionen haben auch die örtlichen, diesen Richtlinien entsprechenden Schritte bei den Fach- und Fortbildungsschulen, den Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden zu ergreifen, sowie Abmachungen der örtlichen Arbeitgeber- und Arbeiterverbände über Arbeitsvermittlung und Entlohnung der Kriegsbeschädigten vorzubereiten und herbeizuführen.

Die Entlohnung der Kriegsbeschädigten erfolgt unter Berücksichtigung etwa verminderter Leistungsfähigkeit nach den für alle Beschäftigten örtlich allgemein festgelegten Bedingungen und den bestehenden Tarifverträgen. Die dem Kriegsbeschädigten rechtlich zuerkannte Rente darf aber zur Begründung einer geringeren Entlohnung nicht angerechnet werden. Bei Akkordarbeitern erfolgt die Entlohnung nach den für die Beschäftigten festgelegten Bedingungen und den bestehenden Akkordlöhnen. In allen Streitfällen über die Entlohnung oder sonstigen Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis entscheiden die Schlichtungs- oder Tarifkommissionen.

Diese Bestimmungen sind den örtlichen Tarifverträgen als besonderer Anhang anzufügen. Eine Änderung oder Aufhebung derselben ist mit der Kündigung oder Fufhebung der einzelnen Tarifverträge nicht verbunden, sondern kann nur durch die beiderseitigen Zentralvorstände erfolgen.

Das Verbandsorgan der Tapezierer bemerkt erläuternd, daß die Kriegsbeschädigten sich wohl überlegen mögen, ob es nicht am besten für sie ist, wenn sie versuchen, ihrem erlernten Beruf treu zu bleiben. Jeder Berufswechsel bedarf einer Anpassung und Neugewöhnung, die erst erworben sein wollen. In jedem neuen, ungewohnten Beruf wird zunächst die Leistungsfähigkeit und damit auch die Entlohnung hinter dem Durchschnitt der anderen geübten Berufstätiger zurückbleiben. Es wird einer geräumigen Zeit bedürfen, bis sich der einzelne einigermaßen eingearbeitet hat.

Selbst wenn der gelernte Arbeiter seine im Beruf gewohnte Arbeit nicht mehr verrichten kann, wird er sich leichter in einen anderen Zweig seines Berufes einarbeiten als in einen fremden. Ein Berufswechsel hat aber nicht nur für jeden einzelnen sein bedenkliches, sondern auch aus allgemeinem volkswirtschaftlichen Gründen. Im Interesse der Gesamtheit liegt es daher, jeden Kriegsverletzten dem Verufe zu erhalten.

Ausland.

Die internationale Union der Holzarbeiter.

Die Nummer 4 des „Bulletin der internationalen Union der Holzarbeiter“ veröffentlichte feinerzeit eine Aufforderung des internationalen Sekretärs der Holzarbeiter-Union, des Genossen Leipzig, in welcher dieser die Vorstände der an die Union angeschlossenen Verbände um eine Neuerung über den Fortbestand der Union und über die Frage ersuchte, ob sie Leipzig als internationalen Sekretär nach wie vor ihr Vertrauen schenken könnten. Bis Mitte August haben sich zu dieser Frage geäußert der Verband der Möbelarbeiter in Holland, der norwegische Holzarbeiterverband, der Zentralverband der Glaser Deutschlands, der Verband der Holzarbeiter Oesterreichs und der Schweizerische Holzarbeiterverband. Alle die genannten Organisationen verlangten den Fortbestand der Internationalen Union und erklärten gleichzeitig, daß Genosse Leipzig nach wie vor ihr volles Vertrauen genieße.

Parteigenossen! Werbt in Bekantentreifen für Euer Blatt, den „Vorwärts“



Schwarze Kleidung

müß durchaus nicht eintönig oder gar alt wirken. Sie brauchen nur bei uns Umschau zu halten, um sich bald zu überzeugen, wie man auch in schwarzer Kleidung modisch, elegant und jugendlich gekleidet gehen kann.

Und natürlich in unseren bekannt guten Qualitäten bei billigsten Preisen.

Schwarze Kostüme von 19.75 an

Schwarze Mäntel von 17.50 an

Plüsch-Mäntel von 29.75 an

Astrachan-Mäntel von 19.75 an

Rönigstraße 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseest. 113
beim Eettiner Bahnhof

Sonntags geschlossen!

Der Gesundheits-Prozess.

Am Mittwoch wurde die Beweisaufnahme, soweit sie den Fall Buge betrifft, beendet und die Beweisaufnahme des Teils der Anklage begonnen, der sich auf die fahrlässige Tötung der Gosschawpielerin Fräulein Alice v. Arnauld bezieht. Der Sachverständige Geh. Medizinrat Dr. Hoffmann begutachtet, bei Zuckerkrankheiten könne eine schwere nervöse Erregung ungünstig wirken, Einhalten der Diät sei unbedingt erforderlich. Die Diät ist der Heilfaktor, der eine an Heilung grenzende Besserung herbeiführt. Auf Vernehmung des Professors Dr. Desjouis über die Stellung der Wissenschaft zur „Christlichen Wissenschaft“ wird allseitig verzichtet, da es doch nur darauf ankomme, wie sich die „Christliche Wissenschaft“ in den Köpfen der Angeklagten darstellt. Folgende Fragen des Staatsanwalts bejaht der Frau Buge, Hauptmann Thiele (in den früheren Berichten ist er irrtümlich als Oberleutnant bezeichnet): Haben Sie am 26. Mai 1915, als der Erbschaftsprozess in erster Instanz zugunsten des Fräulein Berl entschieden war, einen Brief an die Zeugin Berl geschrieben, in dem Sie unter Hinweis auf den wahren Willen Gottes und Warnung vor den Teufelskünsten Satans Fräulein Berl auffordern, den Schmutz und das Silber zur Erbschaftsmasse zu schlagen und nur das an Wäbelen usw. zu behalten, was sie gerade brauche. Sie weisen in dem Briefe darauf hin, daß vor 1900 Jahren der Teufel an Christus herangetreten sei und ihm alle Herrlichkeiten der Welt versprochen habe, wenn er niederfalle und ihn anbetet; ebenso nahe sich jetzt der Teufel ihr, der Zeugin Berl. Haben Sie am 28. Mai noch einen Brief an die Berl geschrieben, in dem Sie den ganzen Erbschaftsprozess behandeln und darauf hinweisen, daß in den Entscheidungen des Richters nicht der wahre Wille Gottes zum Ausdruck gekommen sei. Haben Sie diese Briefe geschrieben? — Zeugin Berl verwahrt sich sichtlich erregt gegen die schweren Angriffe, die die Familie Thiele, insbesondere die Schwester der Frau Buge, die Mutter des Hauptmanns Thiele, gegen sie geschleudert habe. Frau Thiele habe die furchtbaren Beschuldigungen des Meineids und Diebstahls gegen sie erhoben. Diese Beschuldigungen habe sie auf Grund der Bemerkungen von Kartenlegerinnen und Kartenlegern erhoben. Voriges Jahr am 10. Oktober ist mir von der Kartenlegerin auch prophezeit worden, daß ich diesen Oktober sterben und meine Schwester gleichfalls aus dem Leben scheiden würde. (Weinend): Die Leute haben mich schon einmal vor den Staatsanwalt gebracht. Der Hauptmann Thiele habe in der letzten Zeit der Frau Buge mit seinem Ehrenworte zugesagt, daß, wenn sie sterben sollte, er mich nicht verlassen würde. Auf ihr letztes Anwalts habe sie mit dem Vorgehen wegen der vielen furchtbaren Anschuldigungen bis nach Erledigung des Erbschaftsprozesses warten wollen.

Die Verhandlung wird voraussichtlich am Donnerstag, spätestens am Freitag beendet werden.

Aus Groß-Berlin. Zur Abwendung von Not.

Die Stiftungsdeputation der Stadt Berlin hat jetzt über das Verwaltungsjahr 1914 (1. April 1914 bis 31. März 1915), das zu zwei Dritteln schon in die Kriegszeit fiel, ihren Jahresbericht erstattet. Sie verwaltet eine Reihe wichtiger Stiftungen, doch hat die Stadt noch andere nicht unbedeutende Stiftungen unter besonderer Verwaltung. Die Mittel, mit denen die Stiftungsdeputation der wirtschaftlichen Not durch Unterstüßungen zu wehren sucht, fließen in der Hauptsache aus den Zinserträgen der Stiftungskapitalien. Daraus ergibt sich ein Zwang zu strenger Befolgung des leidigen Grundsatzes, daß im Kampf gegen die Not auch der Helfende „sich nach der Dede strecken“ soll. Bei einer Wehrung der Hilfesuchenden mehr Hilfe zu gewähren, ist der Stiftungsdeputation selbst beim besten Willen nicht so ohne weiteres möglich. Die Wohltätigkeitspflege aus Stiftungen ist hinsichtlich der Mittelheranschaffung über daran als zum Beispiel die Armenpflege, deren Mittel alljährlich in wechselnder Höhe durch den Etat festgesetzt werden. Im Verwaltungsjahr 1914 hat nun, wie der Jahresbericht ergibt, die Stiftungsdeputation den Umfang ihrer norkindernden Tätigkeit sogar merklich eingeschränkt. Bei den laufenden Unterstüßungen allerdings ist fast nichts geändert worden: neu bewilligt wurden 202, im vorletzten Jahr 198, und beim Jahreschluss bestanden 2473, im vorletzten Jahr 2471. Die laufenden Unterstüßungen werden gewöhnlich auf Lebenszeit gewährt, falls nicht die Erwerbsverhältnisse des Unterstüßten sich wesentlich bessern. Neubewilligungen sind da fast nur möglich, wenn ein Unterstüßungsempfänger stirbt. Anders liegt es bei den einmaligen Unterstüßungen; hier ist ein stärkerer Wechsel in der Zahl zu beobachten. Im letzten Jahr wurden 5099 einmalige Unterstüßungen bewilligt, gegenüber 5334 im vorletzten Jahr. Zu diesen Unterstüßungen kommen noch Beihilfen besonderer Art. Aus der Rottwitzstiftung, die früher eine Armenbeschäftigungsanstalt war, wurden für kinderreiche Familien 294 Mietbeihilfen mit 11 906 M. an die Hauswirte gezahlt, gegenüber 371 Mietbeihilfen mit 14 852 M. im vorletzten Jahr. Auch hier ist ein sehr fühlbares Weniger an Hilfeleistung festzustellen. Die Paderstammstiftung gab diesmal nur 13 Nähmaschinen, im vorletzten Jahr 25. Zur Feuerung wurden Portionen von je 1000 Stück Preßkohlen vorwiegend an kinderreiche Familien verteilt, diesmal nur 1168 Portionen, im vorletzten Jahr 1589 Portionen. Aus Mitteln der Rottwitzstiftung konnten gleichfalls Feuerungsbeihilfen von je 1000 Stück Preßkohlen verteilt werden, diesmal an 597 Personen, im vorletzten Jahr an 589 Personen. Zur Anschaffung von Feuerung erhielten auch manche Unterstüßungsempfänger im Dezember bare Beihilfen von 12 M. Im letzten Winter wurden dabei nur 222 Personen berücksichtigt, im vorletzten Winter hatten noch 260 Personen diese Beihilfe erhalten. Ueber die Gründe all der Einschränkungen, die immerhin auffallen müssen, sagt die Stiftungsdeputation in ihrem Bericht nichts.

Kohlen für Kriegerfamilien.

Der auf Antrag unserer Genossen eingesetzte Stadtverordneten-ausschuss beschäftigte sich am Dienstagabend mit der Magistratsvorlage, welche an Kriegerfamilien und Einzelunterstüßte die Lieferung von Preßkohlen vorsieht. Wesentlich war in der Stadtverordnetenversammlung Anstoß genommen worden an der Bestimmung, daß Kohlen nur dann geliefert werden sollten, wenn ein „besonderes Bedürfnis“ bestehe. Namens der sozialdemokratischen Fraktion hatte unser Redner erklärt, daß diese

Bedingung unannehmbar sei, weil sie der Billige Ehr und Zor öffne, auch gegen die Kohlenlieferung an sich waren Bedenken laut geworden, und es war die Frage aufgeworfen worden, ob es überhaupt zweckmäßig sei, Kohlen zu geben anstatt Geld. Im Ausschuss wurde der Grundgedanke der Vorlage vom Magistratsvertreter eingehend dargelegt. Zunächst wollte man zum Ausdruck bringen, daß es sich um eine Winterunterstüßung handele. Dann aber wollte man den Frauen mehr Kohlen zuwenden, als sie für 3 M. kaufen könnten. Für 8 M. erhielten sie heute etwa 200 Preßkohlen, da „Alte“ oder „Kaiser“ gegeben werden sollen; geliefert würden den Kriegerfrauen aber 250 Stück dieser Kohlen. Unter dem „besonderen Bedürfnis“ habe man zunächst alle die Frauen im Auge gehabt, die Winterunterstüßung erhielten, im weiteren hätten die Bezirksvorsteher von Fall zu Fall Gesuche um Kohlen prüfen können. Die im Rathause geübte Kritik habe aber dazu geführt, die Sache nochmals durchzuprüfen, und wenn der Ausschuss beschliesse, die Kohlenzulage allen Frauen und Einzelunterstüßten ohne Unterschied zuzulassen, würde vom Magistrat nichts eingewendet werden. Die Diskussion wandte sich vor allem der Frage zu, ob es überhaupt nicht besser sei, ganz allgemein zu den neuen Reichszuschüssen 100 Proz. Gemeindefürsorge zu zahlen und damit die ganze Kohlenvorlage des Magistrats zu begraben.

Die Ansicht wurde verschiedentlich unterstützt, aber es wurde doch auch betont, daß es jetzt gelte, die Sache nicht zu verzögern und sofort etwas Greifbares zu schaffen. Es sei zweifellos, daß die gegebenen Unterstüßungen durchaus nicht zu hoch seien. Und wenn immer auf Einzelfälle hingewiesen werde, nach denen manche Frauen durch Zuwendungen von bestimmten Seiten sich besser stellen könnten, als wenn der Ernährer hier sei, sei doch andererseits die Not recht groß, wie es sich erst am Dienstag bei Deffnung der Kleiderammelstelle des Rationalen Frauendienstes deutlich gezeigt habe. Um Kleidung und das erst recht teure Schuhwerk zu beschaffen, müßte der Sammelfonds zu Extrainterstüßungen reichlich bemessen werden; bisher sei er recht schlecht bestellt gewesen.

Nach Abschluß der interessanten Diskussion wurde nach einer Verständigung einmütig beschloffen, der Lieferung von Kohlen für 8 M. an Kriegerfamilien und Einzelunterstüßte zuzustimmen, und zwar ohne jede Ausnahme. Die Bedingung eines besonderen Bedürfnisses wurde gestrichen.

Ferner wird der Magistrat erlucht, eine Vorlage zu machen, in der auch für die Kinder auf die erhöhte Reichsunterstüßung 100 Proz. gezahlt werden soll. Bemerkte sei, daß nach diesem Beschlusse alle Kriegerfrauen, welche Unterstüßung bekommen, jeden Monat für 8 M. Kohlenbonds erhalten, und alle Einzelunterstüßten, wie Mütter und Schwestern mit Kohlenbonds bedacht werden.

Gewünscht wurde, daß Sorge getragen werden möchte, daß die Kohlen auch erhältlich sind und nicht etwa Händler die gelieferten „Alte“ oder „Kaiser“ verkaufen und die Frauen nötigen, für ihre Bonds schlechtere Kohlen zu nehmen.

Unterstützt werden jetzt 191 000 Familien bzw. Einzelpersonen.

Der Vorwärts ist das Organ der arbeitenden Bevölkerung deren Interessen es unerschrocken vertritt!

Kotelett mit Knochenbeilage.

Was? wird der Leser oder die Leserin anrufen: Gibt es denn das auch schon? Kotelett verfügt doch schon über Knochen, als daß da noch eine Knochenbeilage gegeben und dadurch das Kotelett verteuert wird. Die Fleischerinnung will diese Knochenbeilage als Anlaß des Inkrafttretens der Höchstpreise für Schweinefleisch als so eine Art Kriegserregung einführen. Sie will für alle Arten von Schweinefleisch 1,40 M. für das Pfund verlangen und Kotelett und Schweinefleisch nicht mehr allein, sondern mit Kopf- und Weinsfleisch zusammen verkaufen.

Die Fleischerinnung verstößt mit ihrem Beschluß gegen die bundesrätliche Verordnung, die für festes Schweinefleisch 1,40 M. als Höchstpreis festsetzt. Das bedeutet eine Umgehung der Verordnung und wird sicherlich von den Behörden unterdrückt werden. Auch die Hausfrauen werden sich das nicht gefallen lassen. Die Innung aber verstößt gegen ihre Befugnisse, wenn sie solche Beschlüsse faßt, die bekanntlich für die Mitglieder bindend sind. Die Aufsichtsbehörden werden gegen derartige Machinationen, die bundesrätliche im Interesse der Bevölkerung getroffenen Bestimmungen zu umgehen und künstlich die Preise hochzuschrauben, deutlich Front machen müssen.

Den Tod auf den Schienen fand in der vergangenen Nacht der 59 Jahre alte Bahnwächter Johann Jahn aus der Lidauer Str. 7. Jahn erlitt auf dem Bahnwege unter der Warschauerbrücke einen Schlaganfall, brach zusammen, wurde von einem Verschiebezug überfahren und auf der Stelle getötet.

Von einem Wagen überfahren und getötet wurde gestern Abend die 83 Jahre alte Witwe Johanna Kochly aus der Steinstr. 12 vor dem Hause Rosenthaler Straße 42. Die Verunglückte wurde mit einer Dreiseite nach dem Schwitzstranzenhause gebracht, starb aber dort schon bei der Aufnahme unter den Händen der Ärzte.

Straßenunfall. Vor dem Hause Henstr. 9 fuhr gestern Vormittag gegen 1/10 Uhr ein Wagen der Linie 8 (Richtung Moabit) in die falsche Weiche und stieß infolgedessen gegen den Triebwagen eines aus entgegengelegter Richtung kommenden Zuges der Linie 23. Infolge des Anpralles sprangen Trieb- und Weiwagen des Zuges der letzteren Linie aus den Schienen, an dem Motorwagen wurde die Vorderplattform beschädigt und eine Scheibe eingedrückt, während an dem Wagen der Linie 8 ebenfalls die vordere Plattform beschädigt wurde. Die auf dem Vorderramp des angefahrenen Triebwagens stehende Frau Emilie Bierig erlitt schwere Kopfverletzungen und wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht werden; drei weitere Fahrgäste kamen mit leichten Verletzungen davon und konnten sich nach ihren Wohnungen begeben.

Kleine Nachrichten. Aus dem Gerichtsgefängnis entkommen sind zwei Kutscher, die in Kallberge in Unterzuchungshaft genommen waren. — Ein Handtaschenräuber ist gestern in Neukölln festgenommen worden. — Fünf Bauernfänger sind gestern wieder festgenommen worden. Das Geschick der Tagelöhne scheint immer noch zu blühen; es gibt immer noch Dumme, die auf den Beim gehen.

Aus den Gemeinden.

Mietbeihilfe in Neukölln.

Welche Summen erforderlich sind, um nur einem Teile der durch den Krieg in bedrängte Lage geratenen Bevölkerung in den Großstädten Hilfe zu leisten, veranschaulicht die Höhe der im Jahre 1915 bisher von der Stadt Neukölln gewährten Mietunterstüßungen. Die Stadt mußte allein an Mietbeihilfen für Angehörige von Kriegsteilnehmern für das Vierteljahr Januar-März 413 000 M., für April-Juni 555 000 M. und für Juli-September 713 000 M. aufwenden. Irrenlich war vor einiger Zeit mitgeteilt, die Mietunterstüßungen für das letzte Vierteljahr hätten 850 000 M. betragen. Im letzten Vierteljahr wurden 22 300 Anträge auf Gewährung von Mietbeihilfen bearbeitet.

Vorenthaltung von Teuerungszulagen in Weissenhof.

Am 18. Oktober faßte die Gemeindevertretung den Beschluß, eine Kriegsteuerungszulage von 10 M. für den Monat, und zwar vom 1. September ab zu gewähren. Bis jetzt warten die Angestellten des Hochbau- und Tiefbauamtes und jedenfalls noch anderer Verwaltungszweige vergeblich auf die Auszahlung der Teuerungszulagen. Sind die diesbezüglichen Verfügungen an den unteren Stellen noch nicht angelangt oder ruhen sie in irgend einem geheimen Fache der Kanzlei? Bei Arbeitern, die sich in dieser teuren Zeit mit einem Stundenlohn von 40—50 Pf. durchschlagen müssen, sollte man doch etwas schneller verfahren.

Soziales.

Bezahlung des nicht gewährten Urlaubs bei den V. G.-M.

Kürzlich ist die frühere Direktion der seit dem 1. Oktober in städtischen Besitz übergegangenen Berliner Elektrizitätswerke vom Gewerbegericht verurteilt worden, den Klägern eine Geldentschädigung zu zahlen, weil sie den ihnen zustehenden Urlaub im letzten Jahre nicht erhalten haben.

Am Dienstag klagten bei der Kammer 5 des Gewerbegerichts wieder drei Arbeiter der V. G.-M. auf Bezahlung des nicht erhaltenen Urlaubs. Der Fall liegt genau so wie der bereits abgeurteilte: Die Direktion hat vor einigen Jahren durch Verfügung bekanntgegeben, daß den Arbeitern, die infolge des ununterbrochenen Betriebes regelmäßig Sonntagsarbeit zu leisten haben, alljährlich ein Urlaub gewährt wird, dessen Dauer nach der Beschäftigungsdauer abgestuft ist. — Im vorigen Jahre hat die Direktion verfügt, daß der Urlaub wegen des durch den Krieg verursachten Arbeitermangels nicht gewährt werden kann. — Da der Betrieb inzwischen von der Stadt Berlin übernommen ist und die städtische Verwaltung eine nachträgliche Gewährung des unter der früheren Direktion fällig gewordenen Urlaubs ablehnt, so fordern die Kläger von der früheren Direktion eine entsprechende Geldentschädigung. Sie berufen sich darauf, daß der Urlaub ein Teil des Lohnes, nämlich eine Entschädigung für die Sonntagsarbeit sei, die anderenfalls mit einem Lohnaufschlag von 25 Proz. hätte bezahlt werden müssen. Dagegen bemerkte der Vertreter der Direktion, der Urlaub habe mit der Sonntagsarbeit gar nichts zu tun. Die Arbeiter hätten feinerzeit den Urlaub für alle beantragt. Das sei der Direktion zumeist gegangen, sie sei aber den Arbeitern inwieweit entgegengekommen, als sie den regelmäßig Sonntags Beschäftigten Urlaub gewährte. Das sei ein freiwilliges Entgegenkommen, welches die Direktion jederzeit aufheben konnte, ohne daß ihr dadurch andere Verpflichtungen erwachsen. Um diesen Fall in der Verurteilung grundsätzlich durchbrechen zu können, beantragte der Vertreter der Kläger, die jetzt vorliegenden drei Klagen zu verbinden, damit die berufungs-fähige Summe erreicht werde.

Diesen Antrage gab das Gericht statt, um — wie der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, sagte — der Beklagten die Verurteilung zu ermöglichen. In der Sache selbst wurde die Firma aus den von den Klägern angeführten Gründen zur Bezahlung des nicht gewährten Urlaubs verurteilt.

Die Invalidenkarte nicht erhalten.

Durch eine Klage beim Gewerbegericht beanspruchte eine Arbeiterin von der V. G.-M. Schadenersatz, weil sie erst 60 Tage nach Lösung des Arbeitsverhältnisses ihre Invalidenkarte erhalten hat.

Der Vertreter der V. G.-M. führte diesen Umstand auf die alleinige Schuld der Klägerin zurück. Diese habe sich krank gemeldet. Da die V. G.-M. in Krankheitsfällen niemand entlasse, sondern ihn nach der Genesung weiter beschäftige, so sei die Invalidenkarte der Klägerin nicht ausgehändigt worden. Hätte sie die Karte gefordert, dann würde sie sie bekommen haben. — Durch die Beweisaufnahme hielt das Gericht für festgestellt, daß die Herberung der Klägerin zum Teil berechtigt ist, denn sie hat nach ihrer Krankheit bei dem zuständigen Obermeister brieflich angefragt, ob sie wieder beschäftigt werden könne. Auf diesen Brief hat die Klägerin weder eine Antwort noch ihre Entlassung durch Zusendung der Karte erhalten. Von diesem Zeitpunkt an bis zum Empfang der Invalidenkarte hat die Klägerin Schadenersatz zu beanspruchen, dessen Höhe das Gericht auf 42 M. festsetzte.

Diesen Betrag zahlte der Vertreter der Firma im Vergleichsweg.

Gerichtszeitung.

Ungültigkeit der Verordnung eines Militärbeschlusshabers.

Der stellvertretende kommandierende General des 8. Armeekorps in Kosen hatte gütlichen und unbefugten geschäftlichen Verkehr mit Kriegsgefangenen verboten und Zwiderhandlungen mit Geldstrafe oder Haft bedroht. Der Oberwälder Brätsch, der als Dolmetscher im Kriegsgefangenenlager in Lauban fungierte, hatte auf Ersuchen einem Zivilgefangenen 10 M. Gehalt, das Geld auch zurückerhalten. Das Landgericht Görlitz verurteilte ihn darauf zu einer Woche Gefängnis. Das Reichsgericht hob am 9. d. M. das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. In der Begründung hieß es: Der militärische Beschlusshaber sei nicht befugt gewesen, in einer Verordnung andere Strafbestimmungen zu erlassen, als das Belagerungsgebot, aus dem er selbst erst seine Machbefugnis schöpft, vorschreibt, nämlich Gefängnisstrafe. Die Verordnung stehe also im Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen des Belagerungsgebetes und sei unbedeutend nichtig.

Strafe für Höchstpreisüberschreitung.

Vom Landgerichte Köln sind am 24. Juli die Kaufleute Präder Abraham und Salz Salin wegen Überschreitung der Höchstpreise für Kartoffeln zu je tausend Mark Geldstrafe verurteilt. Die Angeklagten betreiben einen Altmetallhandel und seit dem Kriege auch einen Kartoffelhandel. In zwei Monaten haben sie für diese Volksspeise 85 000 M. ausgegeben und 135 000 M. eingenommen. Die Angeklagten haben beim Verkauf der Kartoffeln vielfach die festgesetzten Höchstpreise überschritten. Die Revision wurde am 9. d. M. vom Reichsgericht verworfen.

Aus aller Welt.

Schiffsunglück. Der Stockholmer Erzdampfer „Standia“ ist nach einem Zusammenstoß mit dem Christiansunder Dampfer „Freikoll“, der mit Holz von Archangel nach England unterwegs war, vor Haugsholmen, fünf bis sechs Seemeilen südlich Kalesund gesunken. „Freikoll“ glaubte bei dem großen Abstand zwischen den Laternen der „Standia“ zwei Schiffe zu sehen und wollte mitten durch die „Standia“, die infolgedessen mitschiffs getroffen wurde. Bei dem Kampf um die Rettungsboote ertranken drei Mann und eine Frau. Der Kapitän und dreißig Mann sind mit dem „Freikoll“ in Kalesund eingetroffen.

Millionenunterschlagungen. Größere Unregelmäßigkeiten und Unterschlagungen beim Schaaffhausenschen Bankverein in Köln wurden dieser Tage entdeckt. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß die veruntreute Summe bereits die Höhe von zwei Millionen Mark erreicht hat. Als Schuldige kommen in Betracht ein Vorsteher, ein Kassierer und zwei weitere Angestellte. Die festgestellte wurde, sind alle in Frage kommenden Bücher, sowie die Belege und Revisionunterlagen gefälscht worden. Der zur Nachprüfung des gesamten Betriebes der Depositenkasse veranlaßte Wechsel in ihrer Leitung hat einen der ungetreuen Angestellten zur Selbstanzeige getrieben. Ein Teil der unterschlagenen Summe ist durch erhebliche, im Verste des Defraudanten befindliche Vermögenswerte ausgeglichen. Zwei der beteiligten Beamten sind in Haft genommen worden, zwei andere sind gegenwärtig im Heeresdienst.

Organisierte Postdiebstähle in Finnland. „Evenska Dagblad“ teilt aus Helsingfors eingehende Nachrichten über Postdiebstähle in Finnland mit. Danach steht das Vorhandensein einer organisierten Diebes- und Hehlerbande fest. Höhere Postbeamte sind unter den Verhafteten und Verdächtigten. Die Diebe bearbeiten hauptsächlich die Transitpostsendungen von Westeuropa nach Rußland. Gewöhnlich wurden die Pakete nicht vernichtet, sondern ihr wertvoller Inhalt, besonders Baumwoll- und Seidenwaren, gegen Sägemehl veräußert. Da die Diebstähle Monate dauerten, handelt es sich indessen um große Mengen, die teilweise noch bei den Verhafteten gefunden wurden. Da aber die Gegenstände aus den verschiedensten Sendungen stammen, ist die Rückgabe an den rechtmäßigen Eigentümer kaum möglich. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, da sich viele niedere Postbeamte mit dem Verlaufe des Geschäftes befassen.

Todessturz am Wendelstein. Wie aus München gemeldet wird, stürzte vom Wendelstein an der steilen Ostseite der 16jährige Gymnasiast Otto Fritsche aus Nürnberg ab. Die Leiche konnte in arg verstümmeltem Zustande geborgen werden.

Erdrutsch bei Mailand. „Secolo“ erzählt aus Chiari, daß an der Eisenbahnlinie Chioggia-Castellamare-Abriatico ein großer Erdrutsch erfolgte, der ungeheuren Umfang angenommen habe, so daß die Bahngleise ganz verkrümmt und zerstört sind. Der Zugverkehr ist eingestellt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 376 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen:

Infanterie usw.: Garde-Garde-Reg.-Jäger- und Garde-Reg.-Schützen-Bataillon. Gren.- bezw. Inf.- bezw. Füß.-Regimenter Nr. 8 (f. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 225 und 260), 22, 26 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 269), 31, 33, 34, 37, 39, 41 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 59), 45 (f. Inf.-Reg. Nr. 373), 49, 52 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 269), 56, 57, 58, 59, 61, 66 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 72), 70 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 56), 72, 73, 74, 76, 83, 84, 85, 86, 88, 91, 92 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 269), 93, 94, 98, 99, 109, 110, 111, 113 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 111), 114, 116, 144 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 40), 155 (f. Feldfliegertruppe), 165 (f. Inf.-Reg. Nr. 72), 171, 173, 174, 175, 352, 354, 358 bis einschl. 364, 366, 371, 372, 373. Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 17, 23, 26 (f. Inf.-Reg. Nr. 72), 29 (f. Inf.-Reg. Nr. 363), 34, 38, 39, 40, 46, 48, 49, 56, 59, 60, 71, 72 (f. auch Inf.-Reg. Nr. 72), 74, 76, 83, 84, 86, 87, 88, 109, 110, 111, 201, 207, 212, 213, 214, 215, 218, 220 bis einschl. 226, 228, 231 (f. Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 4 Posen), 235, 240, 250, 252, 253, 254 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 256), 256, 265, 269. Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 22, 31, 49, 51, 57, 61, 74, 75, 76, 109, 110, 116, 379. Brig.-Erf.-Bat. Nr. 44 (f. Inf.-Reg. Nr. 371). Jäger-Bataillone Nr. 1, 2, 6; Ref.-Bataillone

Nr. 2, 8, 6, 7, 17, 21, 22. Gebirgs-Maschinengew.-Abt. Nr. 202; Feld-Maschinengew.-Jüge. Nr. 55 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 111), 79, 95 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 111), 111 (f. Inf.-Reg. Nr. 91), 131 (f. Inf.-Reg. Nr. 72), 166 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 228), 187 (f. Garde-Reg.-Jäger-Bat.), 229 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 226), 263 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 116), 269 (f. Garde-Reg.-Jäger-Bat.), 297 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 222); Festungs-Maschinengew.-Abt. Nr. 4 (Posen). Kavallerie: Dragoner Nr. 7 und 19; Husaren Nr. 12; Ulanen Nr. 5; Ref.-Ulanen Nr. 1; Jäger zu Pferde Nr. 2 und 7; 2. Landsturm-Gr.-Eskadron des 7. Armeekorps (Vorken). Ref.-Kav.-Abteilungen Nr. 78 und 81.

Feldartillerie: 2. und 4. Garde-Reg.; Regimenter Nr. 4, 10 (f. Feldart.-Reg. Nr. 62), 14, 15, 44, 66, 75, 84, 221; Ref.-Regimenter Nr. 1, 7, 44, 47, 52, 58, 62.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 1, 3, 6, 8; Ref.-Regimenter Nr. 7, 8 und 20. Fußart.-Bat. Nr. 56; Landw.-Bat. Nr. 4. Fußartillerie-Batterien Nr. 104 und 502.

Pioniere: Regimenter Nr. 24, 25, 29, 31; Bataillone: I. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 3, I. Nr. 4, II. Nr. 5, I. und II. Nr. 6, I. Nr. 7, I. und II. Nr. 9, I. und II. Nr. 10, I. und II. Nr. 11, II. Nr. 15, II. Nr. 16; Erf.-Bat. des Pionier-Bat. Nr. 6. Pionier-Kompagnien Nr. 187, 268; Ref.-Kompagnien Nr. 75, 76, 77, 83, 85, 88, 87, 258. 3. Landw.-Komp. des 6. 1. des 11. und 2. des 14. Armeekorps. Scheinwerferzug Nr. 205; Ref.-Scheinwerferzug Nr. 42; Scheinwerfer-Abt. der 35. Ref.-Div. Minenwerfer-Kompagnien Nr. 39, 248, 252, 302, 308; Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 215, 267, 297; Mittlere Minenwerfer-Abt. Nr. 174; Schwere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 7, 18 und 52.

Verkehrstruppen: Militär-Eisenbahndirektion Nr. 1. Armeekorps-Fernsprech-Abt. Nr. 17. Feldfliegertruppe.

Train: Proviantkolonne Nr. 1 der 52. Inf.-Div. Fuhrparkkolonne Nr. 5 des 18. Armeekorps; Ref.-Fuhrparkkolonne Nr. 79 der 79. Ref.-Div.; Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 221 der 8./10. Armee. Ref.-Bäckereikolonne Nr. 43 des 8. Referenkorps. Pferdepark Nr. 1 des 6. Armeekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Komp. Nr. 2 des 4. Armeekorps und Nr. 123 der 123. Inf.-Div.; Landw.-Sanitäts-Komp. Nr. 3 der 67. Inf.-Div. Feldlazarett Nr. 7 des 2. Armeekorps und Nr. 126 des 17. Referenkorps. Hilfslazarettzug Nr. 28 der 10. Armee.

Armierungs-Bataillone Nr. 39, 47, 64, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72. Kriegs-Versorgungsamt des 2. Armeekorps.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 282 meldet Verluste des 17., 19., 20., 23. Inf.-Reg.; 1. Jäger-Bat.; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 4, 5, 6, 7, 10, 11, 17; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 1, 3, 6, 8, 12, 15; Brig.-Erf.-Bataillone Nr. 1, 2, 4, 6, 8, 12; Landw.-Inf.-Bataillone Augsburg II. Landshut, Passau I, Passau II, Weilheim; 2. Ulanen-Reg.; 7., 8., 21. Feldart.-Reg.; Gebirgs-Kanonnen-Batterie Nr. 10; Landw.-Feldart.-Reg. Nr. (unleserlich); 1. Fußart.-Reg.; Fußart.-Batterien Nr. 303, 368, 493; Ref.-Fußart.-Reg. Nr. 1; Pionier-Reg.; 1., 2., 3. Pionier-Bat.; Pionier-Komp. Nr. 20; Flieger-Abt. 9; Ref.-Pionier-Bat. Nr. 3; Ref.-Div.-Präsidententrain Nr. 8; Mineurabtl. Nr. 1 (Erf.-Div.); 1. Landw.-Pionier-Komp. des 3. Armeekorps; Armierungs-Bat. Nr. 4; Artillerie-Runitionskolonne 1 (11. Inf.-Div.); Inf.-Runitionskolonne 3 (Erf.-Div.); Landw.-Sanitäts-Komp. 6; Feldlazarett 124. Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Die sächsische Verlustliste Nr. 223 veröffentlicht Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 133, 182, 346, 374; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 100, 241, 242; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 101, 107, 350; Jäger-Bataillone Nr. 12, 13; Feld-Maschinengew.-Jüge Nr. 68, 177; Ulanen Nr. 17; Feldart.-Reg. Nr. 115.

Die württembergische Verlustliste Nr. 206 enthält Verluste des Inf.-Reg. Nr. 120; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 121; Füß.-Reg. Nr. 122; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 124; Ulanen-Reg. Nr. 20; Feldartillerie-Reg. Nr. 65; Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 3; Verzeichnis der aus Frankreich zurückgeführten Austauschverwundeten, zugleich Berichtigungen der betreffenden früheren Verlustlisten; Berichtigungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

Kempelhof-Marientdorf. Nächste Zusammenkunft der Jugendsektion Freitag, den 12. d. Mts., abends 8^{1/2} Uhr, im Jugendheim Kempelhof, Kaiser-Wilhelm-Str. 76, Hof part.
Schnöwen b. Jepernitz. Sonnabend, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, findet bei Damerow Jaglabend statt.

Briefkasten der Redaktion.

E. S. 1891. 1. Nein. 2. Das könnten Sie nur durch Antrag beim Vormundschaftsgericht unter der von Ihnen angegebenen Begründung erwirken. 3 und 4. Nein. — **H. R. 1.** 1. Vom Tage der Einberufung an nicht, sondern erst von dem Tage an, an dem der ministerielle Erlaß in Kraft getreten ist. 2. Sie müßten sich mit einer Beschwerde an das General-Kommando wenden. 3. Von der Militärbehörde. 4. Bis zum Nachschub von 47 Mk. pro Kopf und Jahr. 5. Ja. 6. Ja, es kann aber Auslieferung des Verfahrens bis zur Beendigung des Krieges beantragt werden. 7. Ja. **E. S. 88.** Sie müssen Ihre Tochter auffordern, Ihnen das Bild innerhalb einer bestimmten Frist zurückzugeben; eventuell müssen Sie beim Amtsgericht Klage auf Herausgabe anstrengen. — **Ulstrupin 8.** Sie haben Anspruch auf Hinterbliebenenversicherungsrente, das ist die Witwen- und Waisenrente. Sie müssen selbst einen Antrag bei der Polizeibehörde stellen.



Auf den Schulweg
sollten Sie Ihren Kindern einige Wobert-Tabletten mitgeben, um sie vor den Folgen rauher Witterung zu bewahren.

Wobert TABLETTEN

sind mit feinsten Lakritz und edler Pfefferminze hergestellt und bewirken durch erhöhten Speichelfluß Desinfektion auf natürliche Weise, ein wichtiges Erfordernis bei Ansteckungs- und Erlüftungsgelahr.

Original-Handelt in allen Apotheken und Drogerien. Die Firma Dr. G. Wobert in St. Ludwig l. G. versendet gratis und portofrei eine reizende Zombonnette von Silber gegen 20 Gusschne aus Wobert-Handelt.

Carbit-Tischlampen
4,50, Carbit kg 45 Pf. Schrader, Weberstr. 42. 95/10

Buchhandlung Vorwärts
Hindenburgstr. 3.

Sorben erziehen:
Kriegführung
Heer & Flotte
Militärische Fachausdrücke
Gemeinverständlich erläutert
von
Ernst Däumig.
Preis 10 Pf.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin S., Oranienstr. 158
Wunderbare Neuheiten,
Gardinen, Stores, Vitrages, Tüll-
bettdecken etc. in allen Stilarten.
Abgepaßte Dekorationen
mit Querbehang. Letzte Neuheiten.
Spezial-Katalog
650 Abbildungen gratis u. franko.



Zur Aufklärung!

Das Publikum, welches **Underberg-Boonekamp** kaufen will, verlangt nicht immer ausdrücklich **Underberg-Boonekamp**, sondern einfach Boonekamp oder „echten“ Boonekamp, und glaubt, speziell im letzteren Falle, daß ihm dann unbedingt mein Fabrikat **Underberg-Boonekamp** geliefert werden müsse. Diese Auffassung ist irrig

Nachdem das Wort „Boonekamp“ und die Devise „occidit qui non servat“ im Jahre 1898 Freizeichen wurden, führe ich mein Fabrikat ausschließlich unter der Bezeichnung „**Underberg**“ bezw. „**Underberg-Boonekamp**“ und unter der Devise „**Semper idem**“.

Ich bitte deshalb alle Käufer, welche mein Fabrikat erhalten wollen, in ihrem eigenen Interesse, sowohl beim flaschenweisen Einkauf, wie beim Ausschank ausdrücklich

„Underberg“-Boonekamp

oder kurzweg „**Underberg**“ zu fordern.

Die Worte „**Underberg-Boonekamp**“, ebenso „**Underberg**“ sind als Warenzeichen für mich gesetzlich geschützt.

H. Underberg-Albrecht
RHEINBERG (Rhld.) Gegründet 1846.



Herrmann Tietz

Heute **Billige Lebensmittel**
soweit Vorrat

Fische und Fleisch
nur Leipziger Strasse
und Alexanderplatz

252

Fleisch

Schmorfleisch mit Knochen . . . Pfund **1.00**
Roastbeef mit Knochen Pfund **1.00**
Rinderkamm Pfund **1.00**
Gulasch Pfund **1.00**
Kalbsschnitzel Pfund **2.00**
Kalbskeule im ganzen Pfund **1.15**
Kalbsnierenbraten Pfund **1.20**
Kalbsvorderfleisch Pfund **1.15**
Kalbshaxe Pfund **80 Pf.**
Hammelkeule im ganzen Pfund **1.35**
Hammelfleisch Pfund **1.30**
Pökelschinken Pfund **1.15**

Wurstwaren

Zervelatwurst Pfund **2.70**
Salamiwurst Pfund **2.70**
Jagdwurst Pfund **2.10**
Brühmettwurst Pfund **1.45**
Knoblauchwurst Pfund **2.20**
Mettwurst nach Braunschweig. Art. Pfund **2.60**
Landleberwurst Pfund **1.75**
Zwiebelwurst Pfund **1.35**
Rotwurst Pfund **1.40**
Sülzwurst Pfund **1.15**
Kalbfleischwürstchen mit Sauerkohl, 3 Paar Dose **1.30**

Fische

Lebende Hechte Pfund **1.28**
Lebende Karpfen Pfund **1.10** 2-4 Pfd. schwer **1.20**
Lebende Schleie Pfund **1.20**
Frische Hechte Pfund **95 Pf.**
la. frischer Weichsellachs i. Ganz. Pfund **1.55**
Dorsch Pfund **38 Pf.**
Schollen Pfund **30 Pf.**
Schellfisch Pfund **40, 55 Pf.**
Seelachs-Salzfish gewäss. Pfund **35, 40, 45 Pf.**
Klippfisch ganz trocken . . . Pfund **58, 65 Pf.**
Makrelen gesalzen Stück **8, 20 Pf.**
Salzheringe zum Einlegen . . 10 Stück **58 Pf.**

Obst und Gemüse

Zusendung von Kartoffeln ausgeschlossen.

Grosse Kochbirnen Pfund **15 Pf.**
Amoretten Pfund **20 Pf.**
Grosse Kochäpfel . . . Pfund **15 Pf.**
Rote Essäpfel Pfund **15 Pf.**

Boskop-Reinetten . . . Pfund **20 Pf.**
Märkische Rüben . . . Pfund **15 Pf.**
Mohrrüben 3 Pfund **25 Pf.**
Schwarzwurzel 2 Pfund **35 Pf.**

Kohlrüben Pfund **6 Pf.**
Rot- u. Wirsingkohl Pfund **11 Pf.**
Weisskohl Pfund **7 Pf.**
Kartoffeln ¹⁰ Pfund **40 Pf.** per Zentner **3.60**

Unserem hochberehnten Bau-
meister, Herrn
Karl Pagel
zu seinem 50-jährigen Bau-
erfellenjubiläum die herzlichsten
Glückwünsche Familie Bloid.

Unserem lieben Kollegen
Joh. Topp
nebst Gemahlin (Wendstr. 28)
die aufrichtigsten Glückwünsche
zur Silberhochzeit.
Die Kollegen
der Firma Westermann & Hacker.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
2. Abt. Bez. 491.
Am Dienstag, den 9. November,
verstarb unser Genosse, der
Kassierer
Hermann Herholz
(Drunnenstr. 14)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. November, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
228/15

Deutscher
Transportarbeiter - Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Industrie-
Arbeiter
Hugo Mosenthin
von der Firma Adeling,
Alt-Moabit,
am 6. d. Mts. im Alter von
50 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. November,
nachmittags 2 Uhr, von der
Leichenhalle des G.-meinde-Fried-
hofes in Lichtenberg, Rückstraße,
aus statt.
68/14 Die Bezirksverwaltung.

Hiermit zur traurigen Nach-
richt, daß nach 14 Monaten har-
ten, schweren Kämpfen unser ein-
ziger so herzenguter, lieber, un-
vergeßlicher Sohn, der einzige
gute Onkel und einzige liebe
Bruder
Willi Harder
Bagr. Ref.-Jnl.-Reg. Nr. 3, 3. Komp.
im vollendeten 24. Lebensjahr
durch Bauchschuß schwer ver-
wundet auf dem Hauptverband-
platz am 5. November ver-
storben ist.
In tiefstem Schmerz die un-
tröstlichen Eltern
Ferdinand Harder u. Frau.
Frieda als Schwester,
Schöneberg, Koburger Str. 12.
Nun ruhe in Frieden unser ge-
liebtes Kind. Auf ein Wieder-
wiedersehen!

Verband der Kupferschmiede
Deutschlands.
Nittale Berlin.
Als Opfer des Weltkrieges sind
gefallen unsere Kollegen:
Ero Pätzold
Richard Krüger
Ehre ihrem Andenken!
Die Nittale Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Julius Matthiae
Lindower Str. 8
am 8. d. M. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 11. November,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes in der Müllerstraße aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
122/4 Die Ortsverwaltung.

Nachruf
zum heutigen 33. Geburtstag.
Als Opfer des Weltkrieges starb
am 15. Mai 1915 an seiner schweren
Verwundung im Feldlazarett mein
lieber Gatte, der treusorgende
Vater seines einzigen Kindes,
unser lieber, einziger Sohn,
Bruder, Schwager und Onkel,
der Ehegattenverdiener
Adolf Schult
Ref.-Jnl.-Reg. Nr. 208,
Ritter des Eisernen Kreuzes.
In tiefem Schmerz
Rosalia Schult geb. Sikorsky
und Sohn Bruno,
Joseph Hoffmann und Frau
Leopoldine verw. Schult als Eltern,
Else Hoffmann als Schwester,
Hermann Ristow und Frau Marie
geb. Schult als Schwager und
Schwester,
Kurt, Walter, Herbert als Söhne.
Ruhe sanft in fremder Erde!

Als Opfer des Weltkrieges ver-
starb am 16. Oktober 1915, infolge
Unfallsfalles, unser lieber Kollege
Hermann Arnold
Torpedo-Obermaschinen-Maat
im Alter von 32 Jahren.
Deshalb sei am 1. Sep-
tember 1915 auf dem Schlach-
tfelde unser Kollege
Bruno Rückert
im Alter von 21 Jahren.
Wir verlieren in beiden zwei
unserer Besten, welche sich durch
ihren geraden und ehrlichen Cha-
rakter ein treues Andenken er-
worben haben.
Die Kollegen und Kolleginnen
der Firma
Ferdinand Schuchardt
Rungestraße 9.

Zentralverband der Steinarbeiter
Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
der Steinmetz
Johann Kowalkowski
Grunewald, Jagowstr. 19,
am 9. November an Hirnhaut-
entzündung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. November, vor-
mittags 11 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedhofes Grunewald,
Bornstädter Straße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges
starb am 8. November im La-
zarett unser Freund
Friedrich Heiteprim
Strelitzer Straße 71
im 41. Lebensjahre.
Unserem Sänger zum treuen
Andenken!
Spar-Verein
„Gemütlichkeit“
Wlabeckstraße 18.

Allen Freunden und Bekannten
hierdurch die traurige Nachricht,
daß der Arbeiter **28328**
Hermann ABmus
nach kurzer Krankheit verstor-
ben ist.
Die Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 12. November, nach-
mittags 3 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentralfriedhofes in
Friedrichsfelde aus statt.

Am 9. d. Mts. verschied un-
erwartet nach ganz kurzem
Kranklager an Hirnhautent-
zündung mein lieber Mann,
unser guter Vater, der Steinmetz
Johann Kowalkowski
im 40. Lebensjahre. **28348**
Die trauernde Gattin
nebst Kindern.
Die Beerdigung findet Freitag,
vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem
Friedhof Grunewald, Bornstädter
Straße, statt.

Stiefelsohlen,
Paar 85 Pf.
zum Selbstherstellen. Komplet
ausgemacht mit Gummialtschuh:
Herren 2,75, Damen 2,25, Kauf-
straße 10, Schöneberg, Afazien-
str. 29, Reutolla, Hermannstr. 17.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finienstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Sonntag, den 14. November 1915, vormittags 9 1/2 Uhr,
im Lokal von Riedel, Süssitenstr. 40:
Gruppen-Versammlung
der **Werkzeugschleifer und Schleiferinnen.**
Tagesordnung:
1. Gruppenangelegenheiten. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Ver-
schiedenes. 4. Kolleginnenangelegenheiten. 5. Ver-
chiedenes. 6. Kolleginnenangelegenheiten. 7. Ver-
chiedenes. 8. Ver-
chiedenes.
Kollegen und Kolleginnen! Es ist Pflicht aller, in dieser Versammlung
pünktlich zu erscheinen.
122/5 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Zementbranche.
Sonntag, den 14. November, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
bei Wilske, Sebastianstraße 39.
Tagesordnung:
1. Regelung unseres Arbeitsnachweises. 2. Ergänzungswahl des Vor-
standes. 3. Sektionsangelegenheiten.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich.

Sektion der Stukkateure.
Nach § 1 des Tarifvertrages wird vom 16. November an die tägliche
Arbeitszeit um eine Stunde vergrößert, jedoch anstatt 8 nur 7 Stunden
gearbeitet wird. Die Arbeitszeit beginnt um 8 Uhr früh, von 12 bis 1 Uhr
ist Mittagspause, und endet um 4 Uhr nachmittags.
In Anbetracht der steigenden Arbeitslosigkeit in unserem Beruf
fordern wir alle Kollegen auf, die Durchführung dieser tariflichen Be-
stimmung streng zu beachten.
Die Sektionsleitung.

Allen Mitgliedern
wird hierdurch bekanntgegeben, daß die Kontrollstelle in **Lichterfelde**
nach **Hindenburgdamm 104** bei Wahrensdorf
verlegt worden ist.
Die Kontrollstelle in **Friedenau** befindet sich bei Schönefeld,
Rückstraße 23.
142/17* Der Vorstand.

Westmann's
Trauermagazin
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
I. Mohrenstraße 37a
(Kolonnaden)
II. Gr. Frankfurter Str. 115
(nahe Andreasstr.)
Auswahlsendungen sofort.
Amt Zentrum 7890.
Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Stoffe
für Maß-Anzüge, Paletots, Utster
Meter 6, 8, 10, 12 M.
Damen-Kostüm- und Utster-Stoffe
„Neuhollen“ Meter 3, 5, 7 M.
Seiden-Pülsche, Persianer imit.
Astrachan Meter 10, 15, 20 M.
Koch & Seeland, Tuch-Lager
Gertraudenstraße 20-21.

Druckarbeiten
jeder Art und jeden Umfangs nach
Berliner Großdruckerei. Angebote
unter N. 7031 befördert Invaliden-
dank, Potsdamer Str. 20. **262/8**

In Freien Stunden
Die
Wochenchrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Unsere Marine
Beste
2 Pf.
Cigarette
Trusifrei!

Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft
Dresden

Kapitän - Kautabak
Reizlos, im Geschmack unübertroffen
zu kaufen in den meisten Geschäften. - (Pfeifenboxen dazuliefern umsonst.)
C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 111. (Rfr. 3561.)

Des grossen Andranges wegen bitten wir unsere verehrte Kundschaft nach Möglichkeit die Vormittagsstunden zum Einkauf zu benutzen.

A. Jandorf & Co

Spittelmarkt 16-17 Ecke Leipzigerstr.

Total-Ausverkauf

unserer Filiale

Spittelmarkt 16-17 Ecke Leipzigerstr.

20% Extra-Rabatt 20%

welcher sofort vom Kassenzettel abgezogen wird, in den Abteilungen

Handarbeiten vorgezeichnet u. fertig gestickt

Damen- und Kinder-Wäsche, Bett-Wäsche, Tisch-Wäsche, Leinen- und Baumwoll-Waren, Kleider- und Seidenstoffe, Damen-Konfektion, Damenhüte, Federn, Blumen, Trikotagen, Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe

20% Extra-Rabatt

Deutsches Theater.
Direktion: Max Reinhardt.
7 1/2 Uhr: Hamlet.
Freitag: Maria Stuart.
Kammerspiele.
8 Uhr: Wetterleuchten.
Freitag: Der Weibsteufel.
Volksbühne. Theater a. Bülowpl.
8 1/2 Uhr: Faust.
Freitag: Der Sturm.

Dir. Meinhard-Bernauer.
Theater in der Königsgrätzer Straße
8 Uhr: Amphitryon.
Komödienhaus.
8 Uhr: Hausch.
Berliner Theater.
8 Uhr: Wenn zwei Hochzeit machen.

Theater für Donnerstag, 11. November

Deutsches Opernhaus Charlottb.
8 Uhr: Oberon.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.
8 Uhr: Der Barbier von Sevilla.
Geb. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Rosenblatt's Gehelmtip
Kleines Theater.
8 Uhr: Ein kostbares Leben.
Komische Oper.
8 Uhr: Jung muß man sein
Lustspielhaus.
8 1/2 U.: Herrschaftl. Diener gesucht
Montis Operetten-Theater
Gastspiel Louis Treumann.
8 Uhr: Ein Tag im Paradies.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
8 Uhr: Generalmajor a. D. Bahn:
Die Kriegsschauplätze auf dem Balkan.

Rose-Theater.
8 Uhr: Des Vaters Schuld.
Sonntabend 4 Uhr: Häsael und Gretel.

Walhalla-Theater.
8 Uhr: Galsp. Deutsche Volksoper: Martha.
Freitag: Das Käthchen v. Heilbronn.

Metropol-Theater
8 Uhr: Die Kaiserin (Maria Theresia).
Residenz-Theater
8 1/2 Uhr: Die Prinzessin vom Nil.
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Heimat.
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Der Meister von Palmyra.
Thalia-Theater.
8 Uhr: Drei Paar Schuhe.
Theater am Nollendorfpf.
8 1/2 Uhr: Immer feste druff!
Sonnt. 8 1/2 U.: Graf von Luxemburg.
Theater des Westens
8 Uhr: Polenblut.
Trianon-Theater.
8 1/2 U.: Bodos Brautschau

National-Theater.
Köpenicker Straße 67/68.
8 1/2 U.: S. M. der Dollar.

Casino-Theater
Lotzinger Str. 37. Tägl. 8 Uhr:
Untergrundbahn. Schönhauser Tor.
Trotz des großen Erfolges:
Nur noch kurze Zeit:
Familie Schnaje.
Zeit August auf dem Spielplan.
Sonnt. 4 Uhr: Der liebe Fridolin.

Apollo THEATRE
Direktion Adolf Vogt
Telef.: Lützow 7541

Man muß das unerreichte Programm gesehen haben!
Tgl. 8 Uhr. Kl. Preise

Possen-Theater
8 1/2 (Folios Caprice) 8 1/2
freund Loewe Seine Tante
mit Haskel und Berisch.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Norgen Freitag, den 12. November:
Die Räuber.
Schauspiel in 5 Akten von Friedrich v. Schiller.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Kreuz-Busch
Täglich 8. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr:
Der Vulkanmensch?
und die übrigen Schlager des reichhalt. Programms
10 Uhr: **Michel**
von Paula Busch. U. a.: „Germanias Sieg“.

WINTERGARTEN
November-Spielplan.
Ernst Perzina, Dressurakt:
Kanarienvögel, Sittiche, Zwergpapageien.
Juliska Nomoth, Ungar. Sängerin u. Tänzerin
Jan Paul Komiker
Parafal-Quartett
Der kleine Pich
7 Antonets, akrobatische Akt
Solbrigis humorist. Pantomime
Ernst Thors Zauberkünstler
Gebrüder Wolf Humoristen
„Venus im Grünen“
Operette in 1 Akt v. O. Strauß.
Mitwirk.: Eise Berna, Ida Russka, Gustav Matzner, Julius Spielmann.
Kinematograph.

Zum Schultheiß
Sofenheide 22-31.
Heute 8 1/2 Uhr:
Volks-Symph.-Konzert
des Blüthner-Orchesters.
Dirigt.: H. Wachsmann.
Soloist: G. Zeclander (Cello).
Eintritt: 30 Pf., Dabstatten 3 Pf.

Palast
Tägl. 8 Uhr. Sonnt. 3 1/2 u. 8 Uhr.
Die berühmte Künstlerfamilie
Neu! Adelman! Neu!
Wilh. Schuff - Ern. Steiner - Rob. Steidl - Otto Reutter
in ihren neuen Nov.-Schlagern u. d. hochoberig. neue Spielplan.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
Die von der Emden
Ein Matrosenbild von Weffel für Militärpersonen vollkommen. Neuer Zutritt zu d. Stett. Sängern.
Anfang 8 Uhr.

Gewerkschaftshaus

Sonntabend, den 13. Novbr. 1915, im großen Saal:
Eröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Konzert der Kapelle des 4. Garde-Regiments
in Uniform, circa 40 Mann
unter persönlicher Leitung ihres Dirigenten.
Um 11 Uhr: **Zapfenstreich**
unter Mitwirkung des ganzen Tambourkorps.

Sonntag, den 14. November 1915:
Herbst-Feier der Jugendsektion des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes
unter gütiger Mitwirkung des Sängerkorps „Namenlos“
Sollstedt, Su Strahburg auf der langen Brück*, gesungen von 80 Sängern.
Ferner Chorgesang:
„An der schönen blauen Donau“, Walzer von Joh. Strauß.
Trio-Vereinigung:
Hr. Friedburg (Klavier), Hr. Bock (Violine), Hr. Döpper (Violoncello).
Gesang und Rezitation: Herr Koppel (Humoresken von Peter Kolleger, Felix Janoske, Thoma usw.).

Mittwoch und Donnerstag: Ein sehr billiger Schnellverkauf, nicht unter 5 Pfund.
a Pfund
Schinkenfleisch, Schier . . . 1,50
Gammelfleisch . . . 1,40-1,50
Lauenburger Fettsäcker 1,20-1,30
Ein Pfund Schweine . . . 1,60
Prager Schweinerücken . . . 1,60
Vögel, Gänsebrust . . . 1,50
Zuppentocher . . . 0,20
a Pfund
Feste Dauerwurst . . . 2,50
Gehackte Cervelatwurst und Soßsalami . . . 2,30
Braunsch. u. Fleischwurst, Land- u. feine Leberwurst, Knoblauchwurst und Plockwurst . . . 1,50
Sonntabend kommt ein Vorken **Fettgänse und Fettkälber** sowie Wild billig zum Verkauf.
Bekanntmachung: Wilfr. Kötter, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw. T. G. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Berliner Konzerthaus.
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Täglich: **Großes Konzert.**
Berliner Konzerthaus-Orchester
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen
Nachmittags-Konzert bei vollem Orchester und freiem Eintritt.
Bekanntmachung: Wilfr. Kötter, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw. T. G. Gode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.